

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg

Geschäftsführerin: Ingrid Schumann

Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Telefon (04 61)2 67 08 • Telefax
(04 61)2 67 09 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 20 DM für Einzelmitglieder, 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse
NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Bostgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

INHALT

Seite

Hans Peter Clausen

Gemeinsamkeit und Vielfalt für das Grenzland.....95

Lothar Hay / Heinz- Werner Arens /Artur Thomsen

Grenzlandpreis für Artur Thomsen.....101

*Manfred Jessen-Klingenberg*Schleswig-Holsteins Geschichtsschreibung und das
Nationalitätenproblem in Schleswig von 1864 bis 1940.....107*Christoph Wiegand*Bahnhof Harrislee-
Schüler/innen gestalten ein Mahnmal.....132

Umschau ab Seite 141

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:
Lothar Hay (V.i.S.d.P.), Moorbachwinkel 8, 24939 Flensburg Dr. Jörn-Peter
Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55,
24939 Flensburg Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg
Druck: Harry Jung-Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Gemeinsamkeit und Vielfalt für das Grenzland

von HANS PETER CLAUSEN

Am 22. August 1997 fand in Husum auf Einladung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Heinz-Werner Arens, und von Kresten Philipsen, Amtsborgmester, Sønderjyllands Amt, der zweite Grenzlandkongreß statt, an dem zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens von beiderseits der Grenze teilnahmen.

Ein zentraler Bestandteil des Programms war der Vortrag von Professor Hans Peter Clausen zum Motto des Grenzlandkongresses: „Gemeinsamkeit und Vielfalt als Chance.“ Wir danken dem neuen dänischen Generalkonsul in Flensburg, Hans Peter Clausen, daß er sich spontan bereit erklärte, seine ebenso tief sinnigen wie anregenden Ausführungen in den Grenzfriedensheften zu publizieren. Der Redetext wurde für den Druck leicht überarbeitet, die vom Büro des Landtagspräsidiums vorgelegte Übersetzung verbessert.

Über die nachfolgende Diskussion auf dem Grenzlandkongreß und die in einer Talkrunde formulierten „Herausforderungen und Chancen im Grenzland“ können sich unsere Leser/innen in der Umschau dieses Grenzfriedensheftes anhand von Presseberichten informieren. Über die Verleihung des Grenzlandpreises an Artur Thomsen berichten wir im Anschluß an den Beitrag von Hans Peter Clausen.

Gestatten Sie mir, mit einem Zitat des dänischen Historikers A. D. Jørgensen zu beginnen. Er war Schleswiger, geboren in Grasten 1840, ging aufs Gymnasium in Flensburg und wurde später der erste Reichsarchivar, Archivarleiter des dänischen Archivwesens. Die dänische Niederlage 1864 traf ihn sehr hart, sein ganzes weiteres Leben verfolgte er das Schicksal seiner schleswigschen Landsleute. Er unterstützte sie und blieb den Grenzlanderfahrungen treu, die er in seiner Kindheit und der frühen Jugend gemacht hatte.

1886 schrieb er ungefähr so:

Das dänische Sønderjylland war eine Bastion gegen das Deutschtum und zugleich ein Ort größten Verständnisses für das Fremde. Es repräsentiert die natürliche Unruhe Deutschland gegenüber, das zweideutig Wechselhafte, aber immer lebendige Verhältnis zum verwandten und doch so anderen Volk. Nach der Trennung (1864) ist dieses Verhältnis zerbrochen, es hat seine Leidenschaft eingebüßt, wurde von kalter Gleichgültigkeit abgelöst. Und die nationale Elastizität kann nicht an einer zentralen Stelle erschlaffen, ohne überall gelähmt zu werden. Rein ideell betrachtet, war dies unser größter Verlust in dem Unglück,

das uns 1864 traf: Wir sind als Volk ärmer geworden, eine Saite ist gerissen. Wir erhalten, finde ich, von A. D. Jørgensen wichtige Stichworte zum Thema des heutigen Grenzlandkongresses „Gemeinsamkeit und Vielfalt als Chance“, und zwar im Sinne einer Chance für das Grenzland: Das umfassende Verständnis für das fremdartige, aber immer lebendige Verhältnis zum verwandten, aber doch anderen Volk.

Die Stärke der Saite des Instruments Grenzland ist durch die Begegnung und das gegenseitige Verständnis der Völker bestimmt. A. D. Jørgensen hat dies von der dänischen Position aus bewertet, aber die Entwicklung im Grenzland während der letzten Jahrzehnte hat vielen klargemacht, daß seine Worte auch für die Deutschen Gültigkeit haben.

Lassen Sie uns das Motto des heutigen Tages etwas näher betrachten: „Gemeinsamkeit und Vielfalt im Grenzland.“

Der Ausgangspunkt ist, daß die meisten von uns sich über die Jahre daran gewöhnt haben, die Entwicklung im Grenzland als etwas eindeutig auf Entspannung, gegenseitigem Verständnis und gegenseitigem Respekt zwischen drei Nationalitäten Ausgerichtetes aufzufassen. Als die Gegensätze immer mehr verschwanden, haben wir Energie dafür bekommen, das Gewicht auf die Vielfalt zu legen - kulturell, sprachlich und auf andere Arten - hier in unserer kleinen Ecke dieser Welt.

Die heftige Debatte der letzten Monate, besonders nördlich der Grenze, entsprang den Plänen einer formalisierteren Zusammenarbeit über die Grenze hinweg. Diese Debatte macht es notwendig, daß wir innehalten und überlegen, ob wir in unseren Beurteilungen zu optimistisch waren und ob wir vielleicht Signale übersehen haben, die andeuteten, daß die Dinge nicht ganz so sind, wie wir glaubten. Damit will ich nicht sagen, daß wir uns von jedem Windstoß umwerfen lassen sollen. Aber die Dinge im Grenzland stehen nie ganz still, und es kann nicht schaden, daß wir Bilanz ziehen und die Situation bewerten. Nur auf diese Weise behalten wir die künftige Entwicklung im Griff.

Mit anderen Worten: Wir müssen uns fragen, ob die vielen positiven Äußerungen über die guten Beziehungen, die Koexistenz und Zusammenarbeit eher das waren, was die Schweden „Ehrenworte“ nennen, als ein Ausdruck für die Realität. Ist der Abstand zwischen hübschen, politisch korrekten Worten und der Realität größer, als wir glaubten? Haben wir vielleicht etwas übersehen?

Laßt uns zunächst die Vielfalt nehmen:

Wenn man sich im Grenzland umguckt, wird man schnell entdecken, daß die Vielfalt Realität ist. Wenn ich einen Augenblick lang zu dem Zitat von A.D. Jørgensen zurückkehren darf: Seine Sorge war, daß die scharfen nationalen Gegensätze nach 1864 den Blick für eine fruchtbare Vielfalt getrübt hätten. Ein

Ergebnis der Arbeit der letzten Generation, den Stachel der Gegensätze zu entfernen, ist denn, daß wir heute die Vielfalt besser unterstreichen können.

Im allgemeinen ist es wohl die sprachliche und kulturelle Vielfalt, an die wir in dem Zusammenhang denken. Und wir haben wirklich Grund zur Freude über die Vielfalt, die sich jetzt bei uns entfalten darf.

Man braucht dabei nur daran zu denken, was für ein Erlebnis es sein kann, an einer Veranstaltung in Westschleswig, arrangiert von den Friesen, teilzunehmen. Dort kann man es häufig erleben, daß in einer kleinen Versammlung mindestens fünf verschiedene Sprachen vertreten sind: Friesisch, vielleicht sogar in mehreren Dialekten, Hochdeutsch, Plattdeutsch, Reichsdänisch und Sønderjysk.

Nicht alle verstehen oder sprechen alle Sprachen. Aber sie nehmen an den Veranstaltungen teil, aktiv oder passiv. Das ist doch ein Reichtum und eine Vielfalt, die die kulturellen Möglichkeiten widerspiegeln, die unsere Heimat bietet. Hier klingt eine Saite, die nicht gerissen ist, wie A.D. Jørgensen es vor gut 100 Jahren befürchtete.

Wir müssen uns aber heute die Frage stellen, ob wir dazu neigen, unsere Auffassung von der Vielfalt auf das Nationale, das Sprachliche und das Kulturelle zu begrenzen. Daß wir nur diese Dinge das Ziel der Vielfalt haben sein lassen und uns damit selbst daran gehindert haben, all die anderen Ausdrücke der Begegnung zwischen deutsch und dänisch wahrzunehmen.

Die Begegnung zweier Kulturen läßt sich auch mit einer erweiterten Bedeutung von Kultur definieren; sie muß nicht ausschließlich die sprachlichen und nationalen Verhältnisse bezeichnen. Im Grenzland erleben wir die Begegnung zwischen zwei wirtschaftlichen Kulturen, zwei politischen Kulturen, zwei Verwaltungskulturen, zwei sozialen Kulturen, zwei Ausbildungs-Kulturen - diese Liste läßt sich, so man Lust dazu hat, beliebig fortsetzen. Hervorgehoben sei hier nur, daß sich auch zwei verschiedene Staatsauffassungen gegenüberstehen. Das Verhältnis Bürger -Staat gestaltet sich für Dänen anders als für Deutsche. Geschichte und politische Tradition erklären diese Verschiedenheiten, aber sie müssen erkannt werden.

Für alle Bereiche der dänischen und der deutschen Kultur gilt die Betrachtung von A.D. Jørgensen, daß sie zwei Völker repräsentieren, die zwar verwandt, aber doch sehr verschieden sind. Alle erwähnten Kulturformen haben - ob sie jetzt in der deutschen oder in der dänischen Variante auftreten - bedeutende Übereinstimmungen, aber sie sind auch sehr verschieden. Dieser Unterschied macht die Vielfalt aus.

Ich finde, daß wir uns heute die Frage stellen sollen, ob wir den ganzen Reichtum wirklich erkannt haben. Ob wir in ausreichendem Umfang diese Unterschie-

de als Möglichkeiten gesehen haben, als Reichtum mit besonderen Perspektiven für uns hier im Grenzland.

Wenn wir uns diese Fragen stellen, bewegen wir uns schon seit geraumer Zeit auf dem Gebiet, das das zweite Motto des heutigen Tages ausmacht - die Gemeinschaft. Denn wenn wir „nein“ oder „weiß ich nicht“ antworten müssen auf die Frage, wieweit wir diese kulturellen Unterschiede als eine positive Vielfalt betrachten, die uns Chancen aufzutut, dann sind wir in unserer Gemeinschaft nicht weit genug gekommen.

Ich will nicht versuchen, auf meine Fragen ganz bestimmte Antworten zu geben, ich möchte aber einige Kommentare abgeben.

Ich habe das Gefühl, daß wir uns nicht so tief - ob jetzt auf deutscher oder auf dänischer Seite - in die Gemeinschaft eingelebt haben, daß wir die Unterschiede beim Nachbarn als positive Vielfalt betrachten und als Reichtum. Im Grunde wissen wir - trotz des nahen Zusammenlebens - zu wenig voneinander. Das mag vor dem Hintergrund der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte paradox klingen. Aber wir haben nicht besonders viel Kraft darauf verwandt, die gegenseitigen Voraussetzungen zu verstehen.

Die oberflächliche Gleichheit darf nicht dazu verleiten, daß wir uns über die Unterschiede hinwegsetzen, die nur mit Energieaufwand in ein vollständiges Verständnis des Fremden münden - um noch einmal A.D. Jørgensen zu bemühen. Wir Dänen tendieren sicher dazu, die dänische Art der Problemlösung in der Gesellschaft und die Art, uns miteinander einzurichten, als die einzig richtige zu sehen. Wir gehen davon aus, daß vernünftige Menschen es früher oder später einsehen werden und es dann genauso machen. Und bis dahin brauchen wir nicht soviel Energie dafür zu verschwenden, um herauszufinden, was andere machen und warum.

Damit will ich sagen, daß wir die kulturellen Unterschiede oft so betrachten, daß sie bei anderen Fehlentwicklungen sind oder etwas, das sie nur besser machen müßten - so wie wir nämlich.

Ich glaube aber auch nicht, daß es auf deutscher Seite wesentlich anders ist. Auf jeden Fall ist das Ergebnis das gleiche: begrenztes Verständnis für dänische Institutionen und die dänische Lebensart. Das verhindert nicht ein lebendiges Interesse und eine Bewunderung für das, was man hin und wieder das dänische Modell nennt. Aber das ist nicht dasselbe wie Verständnis. Die Dänen und die Deutschen haben gemeinsam, daß ihre Kenntnis voneinander häufig auf stereotypen und verschleierte Bildern beruht.

Es ist noch nicht ins dänische Bewußtsein gedrungen - und damit meine ich zum größten Teil Dänemark nördlich der Grenze daß Deutschland ein anderes geworden ist als das, zu dem wir uns verhielten, als wir im vergangenen Jahr-

hundert unser Dänischsein definierten. Daß Deutschland etwas anderes geworden ist als Krieg, Nazitum und Besatzung. Natürlich wissen wir es eigentlich, aber die nationalen Stereotypen leben weiter.

Ich finde, daß die deutsche Auffassung von Dänemark und dem Dänischsein viel zu idealisierend, fast schon idyllisierend ist und deshalb oberflächlich. Natürlich gehen wir in Dänemark in der Politik ausgesprochen zivilisiert miteinander um, fast schon kameradschaftlich, um nun auf ein oft benutztes Beispiel hinzuweisen. Man darf aber nicht übersehen, daß Politik auch bei uns hartes Handwerk sein kann. Man darf den Samthandschuh nicht mit der eisernen Faust verwechseln, die in ihm steckt.

Dem deutschen Betrachter mag es schwerfallen oder er mag es bewundernswert finden, daß es eine dänische Tradition dafür gibt, die Bevölkerung, egal wie groß oder klein das Problem ist, in die politische Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Aber es hat Auswirkungen auf den politischen Stil.

Es hat zum Beispiel dazu geführt, daß die Europa-Politik in Dänemark dicht in das innenpolitische Muster eingewoben ist und in der Bevölkerung leidenschaftlich diskutiert wird. Das spielt wiederum eine ganz entscheidende Rolle bei der Reaktion der Dänen auf die Europa-Rhetorik in anderen Ländern, und es hat seinen Einfluß sowohl auf die Debatte im Grenzland als auch auf die ausgeprägte Europa-Skepsis, die wir - auch wir, die sie beklagen - als Realität in dänischer Politik anerkennen müssen.

Das bringt auch mit sich, daß viele Dänen den Hintergrund für das Europa-Engagement vieler deutscher Politiker nicht oder nur schwer verstehen. Zwei verschiedene politische Geschichten, zwei verschiedene politische Traditionen schaffen einen bedeutenden Abstand zwischen den Umständen für Europa-Politik und der europäischen Rhetorik auf deutscher und dänischer Seite.

Diese Betrachtungen sind natürlich weit davon entfernt, eine Analyse zu sein. Ich möchte bloß meine Frage begründen, inwieweit wir in gewissem Umfang die Tiefe der Gemeinschaft überbewertet haben - wenn wir alle Verzweigungen der Vielfalt in der Begegnung zwischen deutsch und dänisch einmal betrachten.

Mit diesen Beispielen habe ich zeigen wollen, daß die Vielfalt in allen Bereichen eine Realität im Grenzland ist, daß wir zwar eine Gemeinschaft entwickelt haben, daß es für ihre Vertiefung aber noch viel zu tun gibt. Wir leben zusammen, nebeneinander in gegenseitigem Respekt. Aber eine echte Gemeinschaft hat man erst, wenn man miteinander lebt und am liebsten auch noch füreinander.

Die Aufgabe besteht darin, daß wir echtes Verständnis für die jeweiligen Voraussetzungen schaffen müssen. Nicht bloß auf kulturellem und nationalem Gebiet, sondern auch im Alltag. So weit ist es bislang noch nicht gekommen. Wir müssen einen Willen dazu entwickeln, Dinge, die wir nicht kennen oder die

wir nicht mögen, als Phänomen zu betrachten, die ein Teil der Vielfalt im Grenzland sind. Wir brauchen uns ihnen nicht zu beugen, aber wir müssen sie in ihren Voraussetzungen respektieren.

Um es mit A.D. Jørgensens Worten zu sagen: Wir müssen das umfassendste Verständnis für das Fremde entwickeln. Das ist die Voraussetzung dafür, daß Vielfalt und Gemeinschaft für das Grenzland eine Chance werden können.

Darin liegt ein gewaltiges Potential, ein Haufen Chancen für das Grenzland - vorausgesetzt, daß die Vielfalt sich in einer echten Gemeinschaft entfalten kann, die auf Verständnis, Einsicht, Toleranz und gegenseitigem Respekt baut - auch außerhalb des kulturellen und gesinnungsmäßigen Bereichs, wo wir bislang diese Eigenschaften pflegten.

Es wird Möglichkeiten eröffnen für die fruchtbare Entwicklung einer Reihe zentraler Gesellschaftsbereiche, die in mehr oder weniger formalisierten Zusammenarbeitsmustern aufgenommen werden kann: Auf dem Gebiet des Umweltschutzes, im sozialen Bereich, ja in allen Bereichen, wo wir uns in Gemeinschaft treffen können, mit allen unseren verschiedenen Voraussetzungen.

Vielfalt stellt immer Anforderungen an grundlegende demokratische Prinzipien, die Respekt vor der Meinung des anderen und das Recht aller, an der Gemeinschaft teilzuhaben, voraussetzen. Man könnte auch sagen: Vielfalt ist ganz schön beschwerlich. Sie entwickelt in der Praxis geschwungene Linien und längst nicht immer klare, eindeutige Ergebnisse. Deshalb muß die Gemeinschaft stark sein, wenn die Vielfalt eine Chance werden soll. Die Möglichkeiten, die Chancen werden zerstört, wenn man Einförmigkeit und Eingleisigkeit in der Vielfalt erschaffen will.

Ich möchte aber betonen, daß ich mit diesen Betrachtungen die positive Entwicklung im Grenzland nicht kleinmachen will - ganz bestimmt nicht. Aber ich habe - im Lichte der Debatte, die wir kürzlich erlebten - die Frage gestellt, ob wir uns nicht zu sehr um die Nationalität und das Recht auf freies Bekenntnis zu einer Minderheit gekümmert haben. Ich glaube, daß die Perspektive auf alle Bereiche in der Gesellschaft ausgeweitet werden muß - und daß es mehr Einsicht, mehr gegenseitigen Verständnisses bedarf, wenn die Gemeinschaft ausgebaut und vertieft werden soll.

Hier müssen wir unsere Kräfte sammeln. Weil eine echte Gemeinschaft, die mehr als eine Koexistenz ist, die Voraussetzung dafür ist, daß Vielfalt mehr wird als pittoreske Details bei den anderen und wirklich zu der Chance gemacht wird, die sie im Grenzland ist.

Damit habe ich einige Linien unserer Situation im Grenzland angedeutet, von denen ich hoffe, daß sie uns in der weiteren Debatte etwas nützen können.

Grenzlandpreis für Artur Thomsen

Gratulation

von *LOTHAR HAY*

Abschließender Höhepunkt des zweiten Grenzlandkongresses war die Verleihung des Grenzlandpreises an den Ehrenvorsitzenden des Grenzfriedensbundes, Artur Thomsen, der am 15. September 1997 sein 70. Lebensjahr vollendete.

Mit der Auszeichnung wurde die jahrzehntelange Arbeit von Artur Thomsen für die deutsch-dänische Verständigung gewürdigt.

Der Grenzfriedensbund gratuliert Artur Thomsen herzlich zu dieser Würdigung seiner Arbeit.

Die Preisverleihung fand auch in der Grenzlandpresse ein lebhaftes Echo (z.B. Nordschleswiger v. 23.8.1997 u. 28.8.1997; Flensburg Avis v. 23.8.1997). Wir geben im folgenden die Laudatio, die der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Heinz-Werner Arens, hielt und die Dankesworte von Artur Thomsen wieder.

Laudatio

von *HEINZ-WERNER ARENS*

Wie auf dem ersten Grenzlandkongreß soll auch in diesem Jahr nicht nur über die gemeinsamen Perspektiven diskutiert werden, sondern auch bereits geleistetes verdienstvolles Engagement gewürdigt werden. Ich gebrauchte vorhin bei der Begrüßung das Bild der zarten Pflanze des freundschaftlichen Miteinanders im Grenzland, die der ständigen Pflege bedarf. Mit dem Grenzlandpreis sollen Pflegerinnen und Pfleger oder - um im Bild zu bleiben - Gärtnerinnen und Gärtner ausgezeichnet werden, die sich in vorbildlicher Weise für das friedliche und gutnachbarliche Zusammenleben im Grenzland eingesetzt haben.

Ich freue mich, daß die Preisverleihung, eine Initiative meiner Vorgängerin, Frau Ute Erdsiek-Rave, und Ihres Vorgängers, sehr geehrter Herr Olsen, nämlich des damaligen Folketingpräsidenten Rasmussen, heute fortgesetzt werden kann. Wie beim ersten Mal wurde der Preis unter der Schirmherrschaft vom Folketingpräsidenten und Landtagspräsidenten öffentlich ausgeschrieben.

Mein ganz herzlicher Dank gilt den Juroren, die nicht nur die Vorschläge fleißig sammelten, sondern unter ihnen nach einem sehr gewissenhaften und sorgfälti-

gen Meinungsbildungsprozeß den heutigen Preisträger einvernehmlich feststellten.

Mein Dank gilt den Juroren Heinrich Schultz, Hans Heinrich Hansen und Hark Martinen, den Vertretern der drei Minderheiten im Grenzland.

Bevor ich nun das Geheimnis um den diesjährigen Preisträger lüfte, möchte ich noch ganz herzlich den Grenzlandpreisträger von 1995, Herrn Jacob Clausen, begrüßen. Begrüßen brauche ich jemanden anderen nicht mehr, aber dankbar erwähnen will ich, daß der Preis von Amtsbürgermeister Kresten Philipsen gespendet wurde, zu gleichen Teilen wie durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Jetzt will ich meiner kleinen Vorrede auch nichts weiter hinzufügen, damit endlich die Neugierde auf den diesjährigen Preisträger befriedigt werden kann.

Der Grenzfriedenspreis wird an jemanden verliehen, der zu den um die freundschaftliche Zusammenarbeit von Dänen und Deutschen engagiertesten und im Grenzland bekanntesten Persönlichkeiten gehört.

Ausgezeichnet hat ihn nicht nur eine bedeutende Rede, bemerkenswert und bemerkt blieb nicht nur ein Aufsatz, bewirkt hat er vieles, nicht nur durch eine überragende Aktion, sondern durch kontinuierliche, engagierte und im besten Sinne leidenschaftliche und überzeugende Arbeit für die freundschaftliche Gestaltung der Nachbarschaft im Grenzland.

Es ist jemand, der in seinem Wirken die Bewegung verkörpert, der die Vernunft und Menschlichkeit eines friedlichen Miteinanders nicht nur erkannte, sondern auch bereit war und ist, sich persönlich dafür einzusetzen.

Es ist jemand, der Dialog suchte, um voneinander zu lernen und um sich weiterzuentwickeln, der Anstöße gab und sie auch annimmt.

So kann es auch nicht verwundern, daß die Jury einvernehmlich entschied, auch wenn der diesjährige Preisträger sich immer und ausdrücklich zu seiner nationalen Gesinnung bekannt hat.

Die Rede ist vom langjährigen Kommunalpolitiker und Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes Artur Thomsen.

Lieber Herr Thomsen,

ich gratuliere Ihnen aufs herzlichste zur Verleihung des Grenzlandpreises 1997.

Artur Thomsen setzte sich schon als Kommunalpolitiker für den Ausbau der deutsch-dänischen Beziehungen ein. 12 Jahre gehörten Sie der Ratsversammlung in Flensburg an. Von 1966 bis 1978, von 1970 bis 1974 waren Sie der Stadtpräsident von Flensburg.

Danach widmeten Sie sich verstärkt dem Grenzfriedensbund, dem Sie seit 1959

angehörten und dessen Vorsitzender Sie von 1977 bis zum Mai dieses Jahres waren. In dieser Zeit haben Sie sehr bewußt eigene Akzente in der Grenzlandarbeit setzen können, nicht zuletzt auch durch die Grenzfriedenshefte, für die Sie letztendlich als Herausgeber die Verantwortung trugen.

Ihr Wirken zu würdigen, schafft natürlich viele Bezüge zu dem, was hier heute diskutiert und beraten wurde: zur Vielfalt, zur Gemeinsamkeit und zur Chance im Grenzland.

Die VIELFALT: Sie haben sich immer zu Ihrer deutschen Gesinnung bekannt und sich für das Deutsche eingesetzt. Aber nicht gegen das Dänische. Auf die Erhaltung beider kommt es an - und auf die sich befruchtende Konkurrenz. Zum Wohle aller muß die Vielfalt erhalten bleiben. Deswegen fordern Sie auch „öffentliche Hilfen“ für die dänische Minderheit in Südschleswig, damit sie „die Besonderheiten des dänischen Lebens für sich realisieren können“. (Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes 1990, abgedruckt in den Grenzfriedensheften 2/1990, Seite 94).

Darin liegt wiederum die GEMEINSAMKEIT: in dem Recht aller auf das freie Bekenntnis, auf die Möglichkeit der Verwirklichung der Besonderheiten.

Für Artur Thomsen und in seinem ganzen Wirken insbesondere im Grenzfriedensbund war und ist dies ein Angebot für alle. Sein nationales Bekenntnis ist kein nationalistisches. Er hat in seinem Reden und Handeln als Person immer klargemacht, wo der Trennstrich zwischen nationalem Bekenntnis und Verirrungen ins Nationalistische zu ziehen ist. Gemeinsamkeit kann es nur in der Wahrheit geben - insbesondere, wenn die Gemeinsamkeit darin besteht, Unterschiede festzustellen und sich unterschiedliche Bekenntnisse zuzugestehen.

Der offene Dialog, die Öffnung der Grenzfriedenshefte für kritische dänische Beiträge, sein Widerspruch gegen Gleichmacherei wie auch gegen Versuche, die Grenze in Frage zu stellen, diesem liegt ein zutiefst demokratischer Konsens zugrunde.

Die CHANCE des Grenzlandes liegt in der Verständigung über die Vielfalt. Und dies ist für Artur Thomsen auch ein Thema für Europa. Europa ist die Lehre aus seiner kriegesischen und zerstörerischen Vergangenheit. Europa ist ein Projekt des Friedens, aber keines der Preisgabe nationaler Identitäten.

„Die kleinen Völker“, so schrieb Artur Thomsen 1978 (!), „sind ja im Kreise der Völker Europas in derselben Rolle wie die Minderheiten in ihrem eigenen Land; und darum sollten wir ihnen helfen, ihre Eigenart in Sprache, Kultur und Volkstum zu bewahren. Das macht Europa nicht schwächer, sondern reicher und stabiler.“

Wenn es so etwas wie eine „Magna Charta“ des Grenzlandes gäbe, würde Artur

Thomsen als die ersten drei Artikel wahrscheinlich nennen:

„1.“, so sagte Artur Thomsen anlässlich der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes 1980.

„ 1. Die Grenze liegt fest.

2. Das nationale Bekenntnis ist frei, und zwar nördlich und südlich der Grenze.“
Und als drittens füge ich frei nach Artur Thomsen hinzu:

Vertrauensvolles Zusammenleben und Aussöhnung gibt es nicht mit Verschweigen und Verharmlosen, sondern nur mit Offenlegung und Aufklärung.

Letzteres bedeutet auch die schonungslose Auseinandersetzung der Deutschen mit der NS-Vergangenheit. Zum einen unterstützten Sie immer eine offene Auseinandersetzung mit unserer eigenen Geschichte durch eine kritische und häufige Thematisierung in den Grenzfriedensheften. Sie leisteten damit einen „Beitrag für die in Deutschland vielfach versäumte Bewältigung der Vergangenheit“, wie Sie es selbst einmal gesagt haben. Diesem liegt die Überzeugung zugrunde, daß für ein ungezwungeneres Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen eine vollständige Aufklärung erforderlich ist, denn „gerade das Verdrängen, das Verharmlosen und das Verschweigen hält die Vorbehalte am Leben und belebt den Verdacht, die Deutschen könnten noch immer ein wenig so sein wie damals“. (Rede auf dem deutschen Tag in Tingleff 1988).

Sie selber sind aber auch mit gutem Vorbild vorangegangen, haben Ihre eigene Vergangenheit in der Hitler-Jugend nicht verschwiegen, sondern sich selbstkritisch und öffentlich, so auch mit Jugendlichen, hiermit auseinandergesetzt. Die ehrliche Auseinandersetzung und die hieraus erwachsende politische Konsequenz haben Sie selbst in den Satz münden lassen:

„Erst nach und nach verdrängten und korrigierten neue Einsichten mein falsches Weltbild. Ich wurde Gewerkschafter, Sozialdemokrat, Kommunalpolitiker und begriff, daß das Recht und die Würde des Menschen vor der Staatsmacht rangiert. Damit fängt Demokratie für mich an.“ (aus: Kindheit und Jugend im Zweiten Weltkrieg, in: Grenzfriedenshefte 3/1989, Seite 135).

Es ist nicht Ihre Art, einem Streit aus dem Weg zu gehen, wenn es um die Suche nach der Wahrheit geht, wenn es darum geht, aufzuklären oder Unterschiede deutlich zu machen.

Sie sind Streitbar, aber nie streitsüchtig. Das offene Wort, der ungeschminkte Widerspruch haben auch Verstimmungen hervorgerufen. Verstimmungen, die aber als produktive Auseinandersetzung der Beginn für eine Verständigung bilden. Und die Auseinandersetzungen konnten und können im Vertrauen darauf geführt werden, daß in einer guten Nachbarschaft gesagt werden darf, was für die Wahrheit gehalten wird.

Sehr geehrter Herr Thomsen,

Sie haben einmal etwas gesagt, was für Sie wie ein Programm zu sein scheint und das wir mit dem Grenzlandpreis würdigen möchten:

„Heute möchte ich nach Kräften mithelfen, das, was da gewachsen ist, weiterzuentwickeln und gleichzeitig solide zu untermauern, damit es nicht wieder in Gefahr gerät. So entschieden ich einerseits auch heute noch dem deutschen Teil der Bevölkerung angehöre, so entschieden bin ich andererseits heute bereit, das Lebensrecht der dänischen Bevölkerung südlich der Grenze zu verteidigen. Dabei begrüße ich, daß die Unterschiede durchaus betont werden, daß Auseinandersetzung praktiziert wird, daß ein Wettstreit stattfindet. Allerdings gibt es auch falsche Töne, Übereifer und Anfeindungen im Eifer des Gefechts, aber doch nicht mehr Kampf, nicht mehr wirkliche Feindschaft, sondern weithin auf beiden Seiten die ganz große Bereitschaft, an dieser Grenze und mit dieser Grenze und über diese Grenze hinweg miteinander zu leben, sich verstehen zu lernen, voneinander zu wissen, sich gegenseitig anzuerkennen und zu respektieren. (...) Die Freundschaft zwischen den beiden Völkern muß sich noch entwickeln; dafür sollten wir alle unsere Kräfte einsetzen.“ (Grenzfriedenshefte 2/1978, Seite 76).

Diesem habe ich nichts mehr hinzuzufügen außer dem Dank und der Anerkennung für Ihren Einsatz für den Frieden und die Freundschaft der Nachbarn und im Grenzland. Der Grenzlandpreis soll auch ein Ausdruck hierfür sein und Ihnen Ehre zu Teil werden lassen, die Sie verdient haben.

Dank und Appell

von ARTUR THOMSEN

Ich bedanke mich herzlich für die Verleihung des Grenzlandpreises, mit dem meine grenzpolitische Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten und das Wirken des von mir 20 Jahre lang geführten Grenzfriedensbundes gewürdigt werden soll. Mein Dank richtet sich an die Juroren, die mich ausgewählt haben, an die Stifter des Preises sowie an die Präsidenten des Folketings in Kopenhagen und des Landtages in Kiel.

Wir, die Menschen, die so alt wie ich oder auch etwas älter oder jünger sind, haben die prägenden Jahre unseres Lebens nach 1945 erlebt, auch wenn die Zeit davor starke, meist schlimme Eindrücke in uns hinterlassen hat. Wir hatten und haben die Chance - und darum auch die Pflicht -, uns um die Überwindung und Beseitigung der Feindseligkeiten und all der Differenzen zu kümmern, die in den 100 Jahren davor zwischen Deutschen und Dänen entstanden sind und

unser Zusammenleben vergiftet haben. Denn um ein Zusammenleben, nicht nur um Nachbarschaft, geht es ja, Dänen und Deutsche nördlich und Deutsche und Dänen südlich der Grenze. Wenn wir das wirklich wollen - und wir würden m. E. unseren historischen Auftrag nicht erfüllen, wenn wir das nicht wollten -, dann dürfen wir nicht länger immer wieder aus der Vergangenheit herleiten, was uns entzweit, sondern wir müssen darüber nachdenken, was uns eint und in eine bessere, gemeinsame Zukunft führt.

Wenn Deutsche die Rückkehr des Idstedt-Löwen nach Flensburg hintertreiben und - Gott sei Dank vergeblich - die Übergabe der Heiligengeistkirche an Dansk Kirke in Sydslesvig zu verhindern versuchen, dann wollen sie eine Fortsetzung der Differenzen auch in Zukunft. Wenn Dänen ihre schlimmen Erfahrungen mit Hitler-Deutschland bemühen, um die Feindseligkeiten der Vergangenheit in ihren Kindern weiter wirken zu lassen, dann handeln sie gegen unsere gemeinsamen Interessen für die Gestaltung der Zukunft im nächsten Jahrhundert. Laßt uns daher aufhören, im Zorn nach hinten zu schauen. Sehen wir lieber nach vorn!

Da gibt es ein Land, ein kleines nur, ein Grenzland, das in zwei Staaten liegt, in dem Menschen beider Staatsvölker leben, nebeneinander und miteinander. Man kann sie äußerlich nicht voneinander unterscheiden; die einen sind nicht klüger oder dümmer als die anderen. Sie sind von ihrer Geographie und von ihrer Geschichte her zum Zusammenleben geradezu verurteilt, auch wenn sie zwei unterschiedliche Sprachen sprechen und ihre eigene Identität verschieden begründen. Warum - um alles in der Welt - sollten sie nicht nett und freundlich, das heißt friedlich und mit gegenseitigem Respekt miteinander umgehen?!

Dieses Zusammenleben zu gestalten ist unsere Aufgabe. Alle, die sich für ihre Heimat verantwortlich fühlen, ob sie nun Dänen oder Deutsche sind, sollten mithelfen. Dann können wir den Ungeist der Vergangenheit endgültig überwinden. Dabei ist gelegentliche Kritik am Partner nicht immer vermeidbar, Selbstkritik aber erwünscht. - Zur Mitarbeit sind alle Menschen guten Willens im Grenzland aufgerufen.

Schleswig-Holsteins Geschichtsschreibung und das Nationalitätenproblem in Schleswig von 1864 bis 1940¹

von MANFRED JESSEN-KLINGENBERG

„Der Kampf zwischen Deutschen und Dänen ist hier fast so alt wie unsere Kenntnis der Geschichte. Manchmal auf dem Boden Holsteins, häufiger auf dem Schleswigs geführt, hat er gerade zu der Ausbildung dieses Landes als eines besonderen Herzogthums den Anlaß gegeben: die Vereinigung desselben mit Holstein ist der Sieg des Deutschen Elements, das Streben nach Wiederverbindung mit Dänemark, nach Ausbreitung Dänischer Herrschaft auch über Holstein der Versuch, diesen Sieg rückgängig zu machen. Auch andere Verhältnisse machen sich in der Geschichte dieser Lande geltend: aber jenes ist das Durchgehende, was unter verschiedenen Gestalten wiederkehrt, worauf jede geschichtliche Darstellung besonders Rücksicht zu nehmen hat.“ Diese Sätze schrieb Georg Waitz (1813- 1886) im einleitenden Kapitel seiner „Kurzen Schleswig-Holsteinischen Landesgeschichte“, die 1864 erschien und deren Darstellung bis zum Ende des vorangegangenen Jahres, bis zum Tode König Friedrichs VU. von Dänemark (1848-1863) im November 1863, reicht. ¹ „Damit war die Verbindung Schleswig-Holsteins mit Dänemark gelöst“, konstatierte Waitz am Schluß des Buches, womit er freilich nur die Rechtsauffassung zum Ausdruck brachte, die er und die meisten seiner deutschen Landsleute sich zu eigen gemacht hatten. Denn Waitz hat die europäischen Zusammenhänge der schleswig-holsteinischen Frage und vor allem die außenpolitische Strategie Bismarcks nicht erkennen können. Erst nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1864, im Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober dieses Jahres, mußte Dänemark die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen abtreten.

Waitz' These, daß der Kampf zwischen Deutschen und Dänen „das Durchgehende“ in der schleswig-holsteinischen Geschichte sei, auf das jede historische Darstellung besonders zu achten habe, zeigt, daß er kaum weniger als andere Historiker seiner Zeit vom nationalen Denken geprägt war, insonderheit vom

¹Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der Zeitschrift Westfälische Forschungen 46/1996, S. 210-231. Für den Abdruck in den GFH wurden geringfügige Änderungen oder Korrekturen vorgenommen und Abbildungen hinzugefügt.

nationalen deutsch-dänischen Konflikt, der sein Erkenntnisinteresse in so hohem Grade bestimmte, daß er ihn auch in vornationalen Epochen der Landesgeschichte ausmachte und zur Leitlinie seiner Darstellung erhob. Waitz' Konzeption hat Schule gemacht: Bis in unsere Zeit hat sich das deutsch-dänische Verhältnis als „das Durchgehende“ in der Anlage von Handbüchern und kürzeren Darstellungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins erhalten.² Dabei haben sich die Gewichtungen und Wertungen selbstverständlich gemäß dem Forschungsstand und gelegentlich auch unter politischem Einfluß jeweils geändert.

II

Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge seien zunächst einige Grundzüge des nationalen Konflikts und der politischen Geschichte der Provinz Schleswig-Holstein bis zu den Abstimmungen im Jahre 1920 nachgezeichnet.³ Der dänische Gesamtstaat, wie er bis 1864 bestand, war ein Nationalitätenstaat, der das Königreich Dänemark, die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg (seit 1815) sowie die Färöinseln, Island und Grönland umfaßte; bis 1814 war auch Norwegen Teil der dänischen Gesamtmonarchie. Die in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts und besonders nach 1840 immer stärker werdenden nationalliberalen Bewegungen in Schleswig-Holstein und Dänemark hatten im Grundsatz gemeinsame Ziele: die Abschaffung des königlichen Absolutismus zugunsten eines Verfassungsstaates und die Auflösung der Gesamtmonarchie. Die dänischen Nationalliberalen forderten die Ausgliederung Holsteins und einen Nationalstaat, dessen Südgrenze die Eider („Eiderdänen“) sein sollte; sie beanspruchten also das ganze Herzogtum Schleswig für sich, obgleich die Bevölkerung in dessen südlicher Hälfte überwiegend deutsch orientiert war. Auch die deutschen Nationalliberalen erhoben Anspruch auf das ganze Herzogtum Schleswig, das zusammen mit Holstein (politisches Schlagwort: ‚Up ewig ungedeelt‘) einem noch zu errichtenden deutschen Nationalstaat eingegliedert werden sollte. Dabei nahm man keine Rücksicht darauf, daß die Bevölkerung im nördlichen Schleswig in ihrer großen Mehrheit dänisch war. Die jeweils historisch rechtlich begründeten Ziele „Dänemark bis zur Eider“ und „Schleswig-Holstein bis zur Königsau“ waren nicht miteinander vereinbar. Eine Teilung des binationalen Schleswig lehnten beide Seiten letztlich ab. Im März des Revolutionsjahres 1848 bildeten führende Männer der schleswig-holsteinischen „Landespartei“ „zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes“ eine provisorische Regierung; sie verkündeten zugleich, sich den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands mit aller Kraft anschließen zu wollen. Der Krieg zwischen den deutschen Schleswig-Holsteinern und Dänemark, der

nun ausbrach, dauerte, von Waffenstillstandsperioden unterbrochen, bis zum Ende des Jahres 1850. Die Zukunftsgestaltung des Landes hing indessen von der gesamtdeutschen Entwicklung und vor allem von den Interessen der europäischen Großmächte ab. Diese wünschten aus jeweils unterschiedlichen Gründen die Wiederherstellung des Gesamtstaates; im Londoner Vertrag von 1852 wurde dieser Wunsch festgeschrieben.

Im Jahre 1863 entschloß sich die dänische Regierung, der stärksten politischen Strömung im Lande nachgebend und die außenpolitisch scheinbar günstige Lage (polnischer Aufstand, Verfassungskonflikt in Preußen) nutzend, Holstein und Lauenburg aus der gesamtstaatlichen Verfassung auszusondern und den Eiderstaat zu errichten. Sie brach damit Zusagen (keine Inkorporation Schlesiens), die sie Preußen und Österreich vor der Unterzeichnung des Londoner Vertrages gegeben hatte. Beide deutschen Großmächte führten 1864 den Krieg gegen Dänemark, der das Ende des Gesamtstaates zur Folge hatte. Nach dem Deutschen Krieg von 1866 trat Österreich seine Rechte auf Schleswig-Holstein im Artikel V des Prager Friedensvertrages an Preußen ab.

Die Herzogtümer wurden im folgenden Jahr eine preußische Provinz. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte allerdings gegenüber dieser preußischen Lösung ein eigenständiges Schleswig-Holstein unter dem Herzog von Augustenburg vorgezogen; nach der Reichsgründung gab sie die Protesthaltung gegen die Einverleibung in Preußen rasch auf.

Der Artikel V des Friedensvertrages von 1866 enthielt einen bedeutsamen Zusatz: „... mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.“ Die Verhandlungen über die Ausführung dieser Nordschleswig-Klausel, die der dänischen Mehrheitsbevölkerung in Nordschleswig unstreitig ein moralisches Recht auf eine Volksabstimmung zusprach, scheiterten, und im April 1878 wurde die Klausel durch einen preußisch-österreichischen Vertrag aufgehoben. Gleichwohl verzichteten die dänischen Nordschleswiger nicht auf ihre Forderung nach nationaler Selbstbestimmung. Ziel der deutschen Nordschleswig-Politik war es, die Dänen in der nördlichen Provinzregion zu germanisieren. Aber Sprachzwang sowie Versammlungsverbote, Ausweisungen und andere polizeiliche Zwangsmaßnahmen erwiesen sich als untaugliche Mittel, um die Dänen in ihrem Willen zu schwächen, mit Dänemark wiedervereinigt zu werden.

Erst die Volksabstimmungen von 1920 gemäß den Artikeln 109 bis 114 des Versailler Friedensvertrages lösten langfristig, keineswegs sogleich, das nationale Problem in Schleswig. In der ersten Abstimmungszone, die im Süden von einer südlich Tonderns und nördlich Flensburgs verlaufenden Linie begrenzt

wurde, stimmten rund 75.000 Stimmberechtigte für Dänemark, 25.000 für Deutschland. Hier wurde „en bloc“ abgestimmt, also nicht gemeindeweise wie in der zweiten Zone, wo sich 51.700 für Deutschland und 12.800 Stimmberechtigte für Dänemark entschieden. Die südliche Grenze der ersten Zone wurde zur Grenze zwischen Dänemark und dem Deutschen Reich. Dabei verblieben auf beiden Seiten nationale Minderheiten. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig hielt grundsätzlich an ihrer Forderung nach einer „neuen Entscheidung“ fest; ebenso war die Mehrheit der Deutschen in Schleswig-Holstein nicht bereit, sich mit dem „Verlust“ Nordschleswigs abzufinden. Auch sie verlangten eine Grenzrevision. Demgegenüber waren es in Dänemark nur kleine, politisch unbedeutende Kreise, die sich dafür einsetzten, die Grenze weiter nach Süden, etwa bis zur Linie Schlei- Danewerk, zu verlegen. Allgemein herrschte bei den Dänen die Genugtuung vor, nun endlich den Nationalstaat vollendet zu haben.

III

Wie haben die Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung der Provinz Schleswig-Holstein in diesem Entwicklungszusammenhang reagiert? Georg Waitz hatte als Verfasser einer Landesgeschichte für Jahrzehnte keinen Nachfolger. Die fast gleichzeitig mit Waitz' Buch erschienene Darstellung von Jürgen Bremer⁴ endete mit der Erhebung der deutschen Schleswig-Holsteiner 1848. Gleichsam dessen Fortsetzung schrieb Christian Godt (1888);⁵ er behandelte die preußische Zeit nur cursorisch, das Nordschleswig-Problem überdies sehr dürftig. Heinrich Handelmanns kurzgefaßte Landesgeschichte (1873)⁶ geriet, obgleich sie nützliche Informationen zur inneren Geschichte bot, bald in Vergessenheit, und Werner Fröhlichs Geschichte Schleswig-Holsteins,⁷ die mit dem Wiener Frieden des Jahres 1864 abschloß, war nichts weiter als eine Kompilation aus älteren Werken. Wenig hilfreich für den interessierten Leser waren auch die vom Kieler Ordinarius für Alte Geschichte, Christian A. Volquardsen, entworfenen „Umriss“ zur Landesgeschichte (1907);⁸ sie boten auf knapp 15 Seiten weniger Informationen als Interpretationen des Geschehens bis zur Wiederherstellung des Gesamtstaates 1852. Nennenswerte Untersuchungen zum deutsch-dänischen Konflikt im 19. Jahrhundert lagen bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg nicht vor.

Die Frage, warum die Historiker in der Provinz es vorzogen, sich älteren Epochen, dem Mittelalter und der frühen Neuzeit, zuzuwenden, bedarf noch der fundierten Antwort. So viel läßt sich freilich jetzt schon sagen: Die nationalen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts waren noch in lebendigster Erinnerung, gleichsam noch gegenwärtig; die dänische Bewegung in Nordschleswig

wurde als eine Fortsetzung eiderdänischer Aktivitäten der gesamtstaatlichen Zeit begriffen. Sich mit ihr auseinanderzusetzen schien Sache der Politik, nicht der Geschichtswissenschaft zu sein.⁹ Und so kam denn auch die Anregung, eine bis in die Gegenwart fortgeführte Landesgeschichte zu schreiben, von politischer Seite, und zwar von dem Deutschen Verein für das nördliche Schleswig, der die Germanisierungspolitik nicht nur unterstützte, sondern auch auf mancherlei Weise vorantrieb.¹⁰

Der „Kampf um die Nordmark“ - das ist die viel gebrauchte deutsche Bezeichnung für den nationalen Konflikt - wurde in Schriften und Reden zum guten Teil mit historischen Argumenten oder Thesen geführt, und dabei war die deutsche Seite den Dänen weit unterlegen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die dänische Mehrheitsbevölkerung längst ihre Bildungsarbeit auf breiter Basis intensiviert; vielerlei historische Literatur stand ihr zur Verfügung, nicht zuletzt solche, die wissenschaftlich fundiert und gleichwohl verständlich geschrieben war. Eben dies traf auch zu für die Abhandlungen in den *Sønderjyske Aarbøger*, der historischen Zeitschrift der dänischen Nordschleswiger, die seit 1889 jährlich erschien.¹¹ Der Begründer dieser Zeitschrift war kein geringerer als der Historiker und Archivar Adolf Ditlev Jörgensen (1841-1897). Von seinem Werk „Vierzig Erzählungen aus der Geschichte des Vaterlandes“ (1882) erschienen bis 1920 sechs Auflagen mit 46.000 Exemplaren. Sein Biograph Lorenz Rerup urteilt: „Das in seiner Ganzheit keinesfalls leicht lesbare Buch wurde ein Volksbuch in Nordschleswig, seine verinnerlichte Wärme und seine tiefe Überzeugung von der Stärke des dänischen Volkstums bedeutete nicht wenig für die Schleswiger während der Fremdherrschaft.“¹²

Im November 1908 wandte sich der Schriftführer des Deutschen Vereins, N. A. Schröder, an den Oberpräsidenten der Provinz und bat um Unterstützung für „eine kurze und allgemein verständliche Geschichte unserer schleswig-holsteinischen Heimat“, die am liebsten ein Verfasser historischer Heimatromane schreiben sollte.¹³ Oberpräsident von Bülow (1849-1924) machte sich die Sache zu eigen. Aber weder die Historiker an der Kieler Universität noch die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte vermochte er dazu zu bewegen, eine populärwissenschaftliche Landesgeschichte mit heimatlich-konservativer und nationaler Tendenz zu liefern. Schließlich fand er in dem Oldesloer Gymnasialprofessor Dr. Reimer Hansen (1853-1926), der sich als gründlicher und zuverlässiger Landeshistoriker längst einen Namen gemacht hatte, den lange gesuchten Autor.

Bevor Hansen seine Arbeit beim Oberpräsidenten abliefern konnte, kam - sehr zu dessen Ärger - die zweibändige „Schleswig-Holsteinische Heimatgeschichte“ des Kieler Rektors Hinrich Ewald Hoff (1858-1941) heraus,¹⁴ eine Erzählung, in

der der Heimatgedanke schleswig-holsteinischer Prägung und der deutsche Nationalismus gleichsam zu einer Symbiose zusammengeführt wurden. Die Jahrzehnte seit 1864, seit der „Befreiung“ Schleswig-Holsteins, wurden auf nur wenigen Seiten hoch gepriesen, aber kaum beschrieben, so als habe die Provinz unter der preußischen Dynastie das Telos ihrer Geschichte erreicht.

Hansens „Kurze Schleswig-Holsteinische Landesgeschichte“ konnte erst nach eingehender wissenschaftlicher und behördlicher Prüfung erscheinen.¹⁵ An einigen Stellen wurde der Text amtlich geändert, was der Verfasser jedoch gefügig akzeptierte. Er hatte sich Waitz' Darstellung, wie er bekannte, als „Muster genommen“, also auch das „Durchgehende“. Man hat die „Zuverlässigkeit im Tatsächlichen“ an dem Buch gelobt.¹⁶ Dieses Urteil kann indessen nicht gelten für die Darstellung der nationalen Verhältnisse in Schleswig. Für Hansen stand am Anfang der dänischen Nationalbewegung in Schleswig eine „künstlich geweckte Aufregung“. Die Bestrebungen der dänischen Nordschleswiger, ihre nationale Identität zu wahren, deutete er als bloße „Wühlerei“ und als agitatorische Aktivitäten „zur Hemmung des Deutschtums“ und zur Losreißung Nordschleswigs von Deutschland.

Die dänische Geschichtsschreibung hatte dagegen den Anspruch auf ganz Schleswig - bei allem Engagement für die Landsleute unter deutscher Herrschaft - weitgehend aufgegeben. A.D. Jørgensen trat ein für eine Sprach- und Gesinnungsgrenze zwischen Deutschland und Dänemark.¹⁷ Auf deutscher Seite war der Kreis derjenigen, die die dänische Nationalität der Mehrheit der Nordschleswiger respektierten, relativ klein.¹⁸ Hansen glaubte, dort nur ein jütisches Volkstum zu erkennen, „eine Völkermischung“ zwischen Dänen und Deutschen. So war denn auch der Hadersiebener Gymnasiallehrer Nis Ankjer Schröder, der den ersten Anstoß zu Hansens Auftragsarbeit gegeben hatte, mit dem Ergebnis zufrieden:¹⁹ „Wer das Buch mit Aufmerksamkeit gelesen hat, wird wohl ausgerüstet und durchaus imstande sein, die Angriffe von dänischer Seite ... mit Erfolg zurückzuweisen.“ Welche Wirkungen von Hansens Geschichte ausgingen, ist kaum zu ermessen; immerhin war die erste Auflage 1914 bereits vergriffen. Dennoch: viel größere Aufmerksamkeit als Hansens offiziöse Landesgeschichte erweckte ein zeitgeschichtliches Werk, das diese Bezeichnung durchaus verdient, aus der Feder des dänischen Historikers und Museumsbeamten Mouritz Mackeprang (1869-1959): Nordslesvig 1864-1909, eine durch die damals zugänglichen Quellen solide fundierte Darstellung der deutschen Nordschleswig-Politik sowie der nationalen Aktivitäten der dänischen Mehrheitsbevölkerung. Sie erschien 1912 auch in deutscher Übersetzung.²⁰ Die Bemühungen des Oberpräsidenten von Bülow, eine Gegendarstellung zuwege zu bringen, hatten nur einen bescheidenen Erfolg: einen Aufsatz des Hansehistorikers Ernst Da-

enell (1872-1921),²¹ der sich allerdings nach einer kurzgefaßten Darstellung der Entwicklung in Nordschleswig seit 1864 mit einer politischen, in der Substanz dürrtigen Erwiderung von Thesen Mackeprangs begnügte und den Widerspruch des Flensburger Gymnasialprofessors H. Hansen provozierte, „da die von Herrn Daenell geübte Kritik nicht überall gerecht und dessen eigene Darstellung höchst mangelhaft ist.“²² So zeigten die ersten Versuche der Historiker in Schleswig-Holstein, sich wissenschaftlich mit den Vorgängen in Nordschleswig auseinanderzusetzen, daß ihnen die dänischen Kollegen und Gegner in sachlicher, methodischer und erkenntnistheoretischer Hinsicht weit überlegen waren. Natürlich gibt es mehrere Gründe dafür, daß die deutschen Historiker Schleswig-Holsteins zur Erklärung des nationalen Konflikts seit 1864 nicht viel mehr beizutragen hatten als gängige nationalistische Parolen, wie sie auch die Publizistik reichlich feilbot. Ein Grund ist darin zu sehen, daß sie selbstsicher auf Deutschlands, wie es schien, unerschütterliche Macht vertrauten und glaubten, mit der Macht zugleich die Wahrheit und das Recht auf ihrer Seite zu haben. Sie unterließen es daher, dieses Recht im Kontext der nationalen Bewegungen zu problematisieren und zu relativieren, was z.B. A.D. Jørgensen längst getan hatte. Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg entzog der nationalen Selbstgerechtigkeit den Boden oder richtiger: Sie hätte es tun können. Wie reagierten die Historiker in der Provinz nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und nach der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark?

VI

„Nationale Selbstbesinnung allein, der Mut, die Ursachen unseres heutigen Unglücks aus unserer eigenen Geschichte zu begreifen, statt sie in fremder Schuld zu suchen, und das Vertrauen, die heilenden Kräfte in der Entwicklung des eigenen Volkes statt im fremden Vorbild zu finden, können uns den Weg zu einem erneuerten Deutschland hinanführen.“²³ Dieser bemerkenswerte Satz findet sich im Geleitwort zum 50. Jahresband der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig- Holsteinische Geschichte - drei Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Bemerkenswert ist er nicht nur, weil die in ihm formulierte Einsicht bei deutschen Historikern in der Zeit der Weimarer Republik gewiß selten wahrzunehmen ist, sondern auch, weil er, hätte man ihn beherzigt, den Schleswig-Holsteinern möglicherweise den als Unrecht empfundenen Verlust Nordschleswigs hätte plausibel und vielleicht sogar eher akzeptabel machen können. In dessen zog die Geschichtsgesellschaft nicht einmal selbst praktische Folgerungen aus der richtigen Einsicht. In einer dem Geleitwort angefügten Denkschrift des Landesbibliothekars Dr. Volquart Pauls (1884-1954) werden als dringende Aufgaben fast nur Forschungen über Probleme älterer Epochen, des Mittelalters

und der frühen Neuzeit, genannt. Daß mittelalterliche Urkunden, ein Siegelwerk oder ein Klosterbuch kaum etwas zur Erhellung der politischen Gegenwart beitragen konnten, hätte man auch damals ohne großen Scharfsinn erkennen können. So blieb es dabei, daß man in Schleswig-Holstein die Niederlage und ihre Folgen auf „fremde Schuld“ zurückführte, auf die der Siegermächte, der Dänen, aber auch der Preußen. Mehr und mehr wurde es üblich, in apologetischer Absicht von der preußischen Nordschleswig-Politik zu sprechen, obwohl die Maßnahmen der preußischen Regierung von den nationalen Kreisen Schleswig-Holsteins nicht nur vollauf gebilligt, sondern sogar forciert oder auch als zu weich kritisiert worden waren.²⁴ Unmittelbar nach Kriegsende erlebten die Vorbehalte gegen Preußen und die preußische Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in der politischen Debatte eine Renaissance, und bei den Historikern feierten sie ihre Auferstehung im Gewand einer umfassenden Geschichtsdeutung.

„Wir stehen am Ende oder nahe dem Ende einer Entwicklung von etwa 350 Jahren. Im 16. Jahrhundert tat sich eine Kluft auf, die unser Volk bis heute zerrissen, die seine Wurzeln überbürdet und zum Teil verdorrt hat. Damals trat an die Stelle einer überreichen Selbstverwaltung der Berufs- und Gebietsgruppen der straffe Staat von oben und damit der jähe Abstand zwischen Obrigkeit und Untertan... . Damals folgten die Höhergebildeten der leuchtenden Fackel des Humanismus oder den Vorbildern der linienklaren Kunst des sonnigen Südens und ließen die Schichten unter ihnen in den immer dürreren Niederungen einer reproduktiven Elementarbildung oder eines aufgabenbaren Handwerks stecken ... und immer klaffender hat sich seitdem der Abstand aufgetan zwischen Herrn und Knecht, Stadt und Land ... Die Abstände im Innern wie nach außen waren notwendig, aber sie sind es nicht mehr. Der Baum des 16. Jahrhunderts hat nun alle Früchte getragen, deren er fähig war. Die Aufgabe ist erfüllt.“²⁵ Diese Sätze schrieb der Gutsbesitzer Paul von Hedentann-Heespen (1869 1937) in einem für sein Schaffen programmatischen Aufsatz in der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, und zwar im ersten Nachkriegsband. Hedemann, wie er auch kurz genannt wurde, hatte Jura und Landwirtschaft studiert, war zum preußischen Regierungsrat aufgestiegen und hatte 1908 seinen Abschied aus dem Staatsdienst genommen, um seinen ererbten Familienbesitz in Deutsch-Nienhof bei Westensee zu bewirtschaften.²⁶ Dieser hochgebildete Aristokrat war ein passionierter und überaus produktiver Landeshistoriker. Kaum jemand dürfte sich zu seiner Zeit in der landesgeschichtlichen Literatur, die er samt und sonders in seiner Gutsbibliothek zur Hand hatte, so gut ausgekannt haben wie er. Zahlreiche Aufsätze zur schleswig-holsteinischen Geschichte hat er verfaßt. Bereits 1906 erschien seine dreibändige Geschichte

der adligen Güter Deutsch-Nienhof und Pohlsee, „die erste und bis heute einzige umfassende Geschichte eines holsteinischen adligen Gutes.“²⁷

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs sah Hedemann auch das Ende der Neuzeit gekommen, die mit dem Aufstieg des Humanismus im 16. Jahrhundert begonnen und zu einer Konzentration und Stärkung der Nationen, der Staatsgewalt, der Kirchen und der Städte sowie zu einer Zerklüftung der Gesellschaft und zur Zerstörung menschlicher Bindungen geführt habe. Die dänische Gesamtmonarchie habe die auflösende Tendenz des humanistischen Zeitalters zu einem guten Teil von sich fernhalten können: „Die Abstände aus dem Geist des 16. Jahrhunderts sind bei uns in wichtigen Punkten und in bedeutendem Maße verringert; natürlich aber fehlen sie darum nicht.“²⁸ Erst der preußische Staat habe die überlieferten Formen der Gesellschaft, der Selbstregierung und des Bildungswesens beseitigt, zwar nicht völlig, doch größtenteils, und das besonders in der wilhelminischen Zeit. Die Grundzüge des Hedemannschen Geschichtsbildes waren indessen durchwoben mit antidemokratischen, großstadt- und industriefeindlichen, agrarromantischen, aristokratischen sowie partikularistischen Fäden.

Woher sollte die Rettung aus der Misere des untergehenden humanistischen Zeitalters kommen? Nur in „kleinen Kreisen“ könne Schleswig-Holstein wieder genesen: „Beruf und Heimat werden unsere Retter sein; das Land²⁹ wird wieder die Führung nehmen; schon heute findet sich nirgends mehr Bildung als da. So angesehen aber können die Herzogtümer kraft altheimischer Ausstattung, wie schon einmal, einen entscheidenden Platz in Deutschlands Zukunft nehmen, wenn sie wollen.“³⁰ In einem weiteren Aufsatz Hedemann-Heespens heißt es am Ende, auf die preußischen Beamten werde der holsteinische Bauer folgen, „der sich einst einem nobilis vergleichen konnte, und kirchspielartig nach oben aufbauend, wird er neue reiche Fäden bewußt und sicher an das verblichene Gewebe seiner 500jährigen Geschichte knüpfen.“³¹ Im Jahre 1926 erschien Hedemann-Heespens umfangreiches Werk „Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit“,³² in dem er sein weltgeschichtliches Credo, exemplifiziert an Schleswig-Holstein, en detail darlegte. Im Vorwort bekannte er: „Es ist der Standpunkt des platten Landes, der eigentlichen Heimatlichkeit, von dem ich die Dinge gesehen habe. Das humanistische Weltalter, das in den Städten, eigentlich in der Hauptstadt gipfelte, liegt zerbrochen hinter uns. Ein neues, ein bodenständiges ist angebrochen.“³³ In den zwanziger Jahren standen weltgeschichtliche Sinngebungen in hoher Konjunktur; Hedemann trug das fast tausend Seiten umfassende Werk beachtliche wissenschaftliche Ehrungen ein.³⁴ Die nationale Frage, das Schleswig-Problem, spielte in seinem Werk und seinen Aufsätzen eine durchaus untergeordnete Rolle. Er war kein Grenzkämpfer und

hatte gute Beziehungen nach Dänemark; mit dem Historiker Aage Friis (1870-1949) stand er in regem Briefwechsel. Orakelhaft äußerte sich Hedemann-Heespen in einem Zeitungsbeitrag vom April 1919 zur Zukunft des nördlichen Schleswig: „Alle Urteile der Weltgeschichte sind gerecht und keines ewig.“³⁵ Der Einfluß Hedemann-Heespens auf die schleswig-holsteinische Geschichtsforschung und -Schreibung ist keineswegs gering einzuschätzen. Zwar überwarf er sich mit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, die in seinen Aufsätzen von 1918 und 1919 den Versuch sah, „eine politisierende Tendenz in den rein wissenschaftlichen Charakter der Zeitschrift hineinzutragen“;³⁶ aber in der Kieler Universität gewann der eigenwillige Aristokrat treue Anhänger: den Historiker Otto Brandt (1892-1935) und seinen Schülerkreis. Brandt habilitierte sich 1919 an der Christiana Albertina, und im folgenden Jahr, dem Jahr der Abstimmungen in Schleswig, erhielt er einen Lehrauftrag für schleswig-holsteinische Geschichte,³⁷ für die es noch keinen Lehrstuhl gab - sehr zum Verdruß der Mehrheit der Professoren und der im Abstimmungs- und Grenz-kampf engagierten Schleswig-Holsteiner.

V

Gerade in den Jahren der Revolution, der Abstimmungskämpfe und der Abstimmungen verbreitete sich in der Universität und den ihr nahestehenden Kreisen die Auffassung, daß es seit der Inkorporation Schleswig-Holsteins in Preußen zu einer Entfremdung zwischen der Kieler Alma Mater und der Provinz gekommen sei.³⁸ Man beklagte diesen Zustand aufs heftigste, zumal man wünschte, daß die „Grenzlanduniversität“, wie sie sich von nun an oft nannte, die erste Stelle einnehme im Kampf gegen den Vertrag von Versailles und seine Auswirkungen auf Schleswig-Holstein. Die Überzeugung, daß die Bindungen zwischen der Universität und dem Land gelockert seien, beruhte teils auf subjektiven Wahrnehmungen, teils auf objektiven Tatsachen. So überschätzte man die Rolle, die die Christiana Albertina im geistigen und politischen Leben des Landes als dessen „Führerin“ im 19. Jahrhundert, insonderheit im Vormärz, gespielt hatte. Immer wieder wurde auf die Leistungen verwiesen, die Dahlmann, Falck, Michelsen, Droysen und andere in Forschung und Lehre, als Politiker und Publizisten für die Begründung und Verbreitung des schleswig-holsteinischen Standpunktes im nationalen Konflikt erbracht hätten. Arnold Oskar Meyer (1877-1944), der bis 1922 in Kiel lehrte,³⁹ schwärmte gar: „Fassen wir alles zusammen, was damals die Universität dem Lande war, führend und lehrend, und was das Land der Universität war, der fruchtbare Erdboden, die Heimat Erde, in der die Wurzeln ihrer Kraft ruhten, so dürfen wir es aussprechen: Von einem treueren Bunde einer deutschen Universität mit einem deutschen

Stammeslande ... weiß die Geschichte von Deutschlands hohen Schulen nicht zu erzählen.“⁴⁰ Die leuchtenden Farben dieses Idealbildes sollten so schnell nicht verblassen: Das Schleswig-Holstein des Vormärz und der Erhebung war und blieb bis 1945, teils auch noch länger, das bevorzugte Arbeitsgebiet der Landeshistoriker.

Daß die schleswig-holsteinische Geschichte in der preußischen Zeit in Forschung und Lehre eher eine Nebenrolle gespielt hat, war und ist indessen unstrittig. Die Erteilung lediglich eines Lehrauftrags für Landesgeschichte, konnte, gemessen an den Erwartungen der Universität selbst sowie der nationalpolitisch engagierten Personen und Organisationen, nicht viel mehr als ein Notbehelf sein, zumal man in der deutsch-dänischen Auseinandersetzung stets auf die Geschichte zurückgriff. Überdies war der Lehrbeauftragte Otto Brandt ein „Butenmensch“. Der gebürtige Heidelberger war Schüler von Hermann Oncken und Max Lenz gewesen und mit der schleswig-holsteinischen Vergangenheit zunächst wenig vertraut. Er war von betont nationaler Gesinnung,⁴¹ jedoch kein „Grenzkämpfer“. Seine Frau war eine Dänin, und er unterhielt persönliche und fachliche Kontakte mit dänischen Kollegen. Brandt fand überraschend schnell Zugang zur schleswig-holsteinischen Geschichte, und dazu hat nicht zuletzt seine enge Zusammenarbeit mit Paul von Hedemann-Heespen beigetragen.

Bereits 1925 veröffentlichte Brandt seine Geschichte Schleswig-Holsteins. Seit Waitz war er der erste Universitätslehrer, der eine Landesgeschichte von wissenschaftlichem Anspruch verfaßte, und wie sein Vorgänger machte auch er das „Durchgehende“, das deutsch-dänische Verhältnis, zur Leitlinie seiner Darstellung.⁴² Hedemanns Kritik an Preußen und seine Uniformierungspolitik machte Brandt sich zum Teil zu eigen. Bemerkenswert bleibt, daß er in seinem Grundriß die Fehlgriffe der deutschen Nordschleswig-Politik benannte und die Berechtigung der dänischen Nationalität erkannte. Eben das hatte vor ihm noch kein Kieler Historiker getan. Allerdings wünschte auch Brandt, wie die große Mehrheit der Schleswig-Holsteiner, daß für Nordschleswig eine neue Entscheidung herbeigeführt werde. Der Protest „gegen dieses Verfahren einer unfreien Abstimmung“, so lautet der letzte Satz seiner Darstellung, werde nicht verstummen, „bis eine Revision der jetzigen Grenze erfolgt ist.“⁴³ Gleichwohl waren Kopenhagener Kollegen behilflich, eine von Frau Brandt besorgte dänische Übersetzung des kleinen Buches in Dänemark erscheinen zu lassen.

Hedemann-Heespens Einfluß auf Brandt wird auch deutlich an dem Forschungsgebiet, dem dieser sich zuwandte: dem Emkendorfer Kreis um Fritz und Julia Reventlow und seiner Position in den religiösen, geistigen und politischen Auseinandersetzungen am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Brandts auf umfangreichen Archivstudien beruhendes Buch, dessen Ertrage

hier nicht zu referieren sind, erschien 1925 unter dem Titel „Geistesleben und Politik in Schleswig-Holstein um die Wende des 18. Jahrhunderts“. ⁴⁴ Daß hie- rein holsteinischer Adelssitz als Zentrum der geistigen Kultur und der politischen Erneuerung Schleswig-Holsteins wieder entdeckt, vielleicht sogar erst entdeckt wurde, fügte sich vorzüglich in das Geschichtsbild Hedemann-Heespens, für den nahezu alle schöpferischen Ideen von je her ihren Ausgang vom Lande genommen hatten und dies nach dem Untergang des humanistischen Zeitalters künftig in zunehmendem Maße tun würden. In Emkendorf, so lautet die meist umstrittene These Brandts, sei „der Grund zu einem deutschen Nationalgefühl in den Herzogtümern gelegt“ worden. ⁴⁵ Widerspruch gegen diese These erhob in erster Linie der Kollege Brandts an der Kieler Universität, Otto Scheel (1876-1954). Über diese Kontroverse wird noch zu berichten sein. ⁴⁶

Da das Verhältnis von Hedemann, Brandt und ihren Freunden zur Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte rasch einen feindseligen Charakter annahm, konnten und wollten sie in deren Zeitschrift nicht mehr publizieren. Daher begründeten sie ein neues Periodikum, die Zeitschrift „Nordelbingen“, die gemäß der Konzeption Hedemann-Heespens neben Beiträgen zur politischen Geschichte auch Aufsätze zur Kultur-, Kunst- und Wirtschaftsgeschichte sowie zur Naturkunde Schleswig Holsteins veröffentlichte. Die Bemühungen Brandts, seiner Schüler und Anhänger, der Geistes- und Kulturgeschichte des Landes den gebührenden Platz einzuräumen, trugen hier reiche Früchte. Zeugnis von diesen Bestrebungen legt auch der von Brandt und Karl Wölflé herausgegebene „Nordmarkatlas“ ⁴⁷ ab. Brandts bedeutendes Werk über Caspar von Saldern kam erst nach seiner Kieler Zeit heraus. ⁴⁸ Im Jahre 1928 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte an der Universität Erlangen. In Kiel hatten Kollegen ihm das Leben nicht immer leicht gemacht. Sein schärfster wissenschaftlicher Kontrahent war Otto Scheel, der 1924 auf den neu eingerichteten Lehrstuhl für schleswig-holsteinische Landesgeschichte, Reformationsgeschichte und nordische Geschichte berufen wurde. ⁴⁹

VII

Otto Scheel war in Nordschleswig (Tondern) geboren und aufgewachsen, wußte also von den nationalen Problemen dort aus eigenem Erleben. Er hatte sich der Theologie zugewandt, und seit 1906 war er Ordinarius für Kirchengeschichte in Tübingen. Mit seiner zweibändigen, breit fundierten Luther-Biographie, die zugleich eine Wissenschafts- und Bildungsgeschichte der Zeit um 1500 darstellte, ⁵⁰ erwarb er sich in der deutschen und internationalen Fachwelt ein hohes Ansehen. Scheel war, obgleich er zahlreiche Arbeiten publizierte⁵¹, kein Mann, der es auf Dauer in der stillen Gelehrtenstube aushielt; es hat ihn zeitlebens immer

wieder gedrängt, zur aktuellen Politik und zu historisch-politischen Themen in Wort und Schrift Stellung zu nehmen. 1915 veröffentlichte er in der Reihe „Tübinger Kriegsschriften“ seinen Vortrag mit dem Thema „Dänemark und wir“. ⁵² Hier versuchte er zu begründen, warum es im dänischen und deutschen Interesse liege, wenn sich Dänemark nach einem deutschen Sieg, den er als sicher annahm, außenpolitisch eng an Deutschland anschließe. Dabei ging er auch auf das Nordschleswig-Problem ein, das ja die deutsch-dänischen Beziehungen seit Jahrzehnten belastet hatte, und er nannte auch die bedenklichen Maßnahmen der Regierung gegenüber der dänischen Mehrheit im Norden der Provinz: Sie hätten das Nationalgefühl der nordschleswigschen Dänen aufwallen lassen und verhindert, daß sich bei ihnen ein deutsches Staatsgefühl entwickle. Daß dies geschehe, sei eine künftige Aufgabe sowohl der deutschen als auch der dänischen Politik. Er riet Dänemark, nach dem Krieg „in den dänisch redenden (sic!) Nordschleswigern die Gut- und Blutlast für die Weltaufgaben der germanischen Vormacht“ mitzutragen. ⁵³ Eine Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark kam für Scheel also nicht in Frage, und die von ihm projektierte Zusammenarbeit mit Deutschland hätte für Dänemark nichts weiter als die Unterordnung unter die Hegemonie einer deutscher Weltmacht bedeutet.

Zur Abstimmung 1920 reiste Scheel in seine nordschleswigsche Heimat, wo es als „wortgewaltiger Redner“ ⁵⁴ für die deutsche Seite und einen Verbleib Nordschleswigs bei Deutschland eintrat. Er hat über seine Reise in den Norden einen von nationalistischem Pathos triefenden Bericht verfaßt und publiziert. ⁵⁵ Alles Recht, das positive wie das moralische, wöhnt er bei Deutschland, alles Unrecht gehe von den Siegermächten aus und von Dänemark: „Das kleinere Volk erwies sich auch moralisch klein.“ ⁵⁶ An keiner Stelle der Schrift ist die ruhige Distanz eines Wissenschaftlers und Historikers zu erkennen. Gleichwohl war es der Einsatz Scheels in Nordschleswig, der ihn vier Jahre später als konkurrenzlosen Kandidaten für den Lehrstuhl für Landesgeschichte empfahl; er selbst bekannte, es habe den Ruf nach Kiel aus nationalen Erwägungen angenommen. Der Staat honorierte den politischen Charakter seiner Professur: Er erhielt vom Auswärtiger Amt ein jährliches Zusatzgehalt von 8000 RM. ⁵⁷

In der Provinz hatten seit der Abstimmung die nationalistisch-konservativen Kräfte an Stärke erheblich zugenommen; diese Tendenz wurde schon bei der Reichstagswahl von 1921 deutlich, noch mehr bei den Wahlen von 1924: Die stärkste Partei war die DNVP mit reichlich 30 Prozent der Wählerstimmen. Die Forderung, die Grenze von 1920 zu revidieren oder ganz Nordschleswig Dänemark wieder zu entreißen, fand zunehmenden Beifall. Auch große Teile der Sozialdemokratie lehnten trotz des Wels-Stauning-Abkommens von 1923, in dem die neue Grenze als „gesetzlich geltend“ anerkannt wurde - ein Minimal-

konsens -, das Ergebnis der Abstimmung von 1920 ab. So erklärte der sozialdemokratische Oberpräsident Kürbis in seinem Neujahrswunsch für 1924: „Die Zukunft der deutschen Nordmark liegt im Schoße der Bevölkerung. Ich hoffe und wünsche, daß es uns gelingt, die Herzen warm und die Köpfe frei zu halten, und dann wird wieder deutsch, was deutsch war.“⁵⁸

Wie hat sich Scheel verhalten, nachdem er Mitglied der „Grenzlanduniversität“ geworden war, die sich als politische Gegenspielerin der Kopenhagener Universität verstand? Er hat seine rigorose Haltung in der Schleswig-Frage bald durch eine gemäßigte ersetzt; er suchte und fand das Gespräch mit Kopenhagener Kollegen, und hier ist in erster Linie wieder Aage Friis zu nennen. Wie ist dieser Wandel zu erklären? Scheel hat sich sicherlich beeinflussen lassen von den außenpolitischen Grundsätzen Stresemanns, dessen Partei, der DVP, er angehörte. In der Provinz war es Dr. Anton Schifferer (1871-1943), Bevollmächtigter zum Reichsrat und ebenfalls Mitglied der DVP, dem sich Scheel politisch eng anschloß. Schifferer hatte Ende 1923 die Leitung der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft übernommen und sie in weniger als einem Jahr zu einer großen Organisation ausgebaut, die die Kieler Forschungen wirksam zu unterstützen vermochte, aber auch mancherlei Einfluß ausübte, und dies auch auf die Grenzlandpolitik der Universität, soweit von einer solchen die Rede sein konnte. Schifferers Ziel war es, von Schleswig-Holstein aus gute Beziehungen zwischen Deutschland und den nordischen Ländern herzustellen und dazu zunächst eine kulturelle Zusammenarbeit anzubahnen, die „Arbeitsführung“ solle bei der Universitäts-Gesellschaft und der Universität liegen. Die Grenzfrage, so nahm er an, könne man dann später einmal einvernehmlich mit Dänemark bereinigen.⁵⁹ Diese Strategie stieß in der Provinz teils auf Widerspruch, teils wurde sie nicht verstanden. Manche Politiker und Professoren vermochten nicht einzusehen, daß eine enge Zusammenarbeit mit den nordischen Staaten unmöglich war, solange man mit Dänemark einen Grenzkampf führte. Auch Otto Scheel hat Schifferers Politik nicht immer voll erfaßt; wohl aber kam ihm die Erweiterung des Arbeitsfeldes nach dem Norden sehr gelegen.

So gründete Scheel 1925 ein Baltisch-Historisches Forschungsinstitut an der Universität - eher eine Art Briefkastenfirma. Viel wirksamer und bedeutsamer war die Baltische Kommission der Universitäts-Gesellschaft, deren Leitung Scheel übernahm; die Gesellschaft finanzierte die Publikationen der Kommission und gab sie auch heraus. Es war die Baltische Kommission, die in Kiel eine breit gefächerte Skandinavienforschung anregte und förderte.⁶⁰ Daß sie sich dennoch als Baltische und nicht etwa Nordische Kommission bezeichnete, erklärt sich aus der Konzeption Scheels, nach der die germanischen Länder um das Mare Balticum eine besondere, historisch gewachsene Einheit darstellten.

Der neue Ordinarius für Landesgeschichte ließ es sich nicht nehmen, auch am politischen Leben der Provinz aktiv teilzunehmen. 1926 wurde er Vorsitzender des Schleswig-Holsteiner-Bundes, der Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die deutschen Interessen, wie man sie verstand, in den Grenz- und Minderheitenfragen zu formulieren und zu vertreten. In seiner Antrittsrede rief Scheel zu einem fairen, die andere Nationalität achtenden Wettstreit auf. Dann werde sich den Deutschen und Dänen die Gelegenheit bieten, die „höheren Zusammenhänge von Kultur, Geist und Seele“ der „großen germanischen Gemeinschaft an den Ufern der Ostsee“ zu zeigen.⁶¹

Als Schifferer und Scheel im Oktober 1927 in den nordischen Hauptstädten für eine nordisch-deutsche Zusammenarbeit und die Durchführung eines nordisch-deutschen Universitätstages in Kiel warben, wurde deutlich, daß man im Norden von dieser germanischen Ostseeschwärmerei gar nichts hielt und einer pragmatischen Kooperation unter Einbeziehung Dänemarks entschieden den Vorzug gab.⁶² Ullrich von Hasseil, der damals Gesandter in Kopenhagen war, erinnerte sich noch 1944 in seiner Gefängniszelle, wenige Wochen vor seiner Hinrichtung, an diesen Besuch der beiden Schleswig-Holsteiner: „Die Gesichter der Dänen, die sich als ‚Ostseegermanen‘ (d.h. in ihrer üblichen Auslegung: ‚Deutschtumsanhängsel‘) gefeiert hörten“, seien immer länger geworden, als Scheel seine Rede vor dänischen Wissenschaftlern gehalten habe.⁶³ Der Universitätstag konnte nach Überwindung von mancherlei Schwierigkeiten politischer Natur im Jahre 1929 mit großem Erfolg durchgeführt werden.⁶⁴ Praktische Folgen, eine intensiviertere nordisch-deutsche Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, konnte er in den Krisenjahren der Republik nicht haben. Was blieb, und zwar auch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, war die nunmehr auch mit rassistischen Elementen durchsetzte Nordlandschwärmerei von Kieler Professoren, namentlich auch des Historikers Carl Petersen (1885-1942).⁶⁵

Fragt man nach den wissenschaftlichen Arbeiten des vielbeschäftigten Scheel zum deutsch-dänischen Verhältnis, so ist, läßt man seine Reden beiseite, für die zwanziger Jahre nur seine Abhandlung über den jungen Dahlmann zu nennen,⁶⁶ deren primärer Zweck es war zu beweisen, daß Dahlmann, und nicht Fritz Reventlow auf Emkendorf, wie Otto Brandt unerschütterlich behauptete, der Urheber des deutschen Nationalstaatsgedankens oder des deutsch geprägten schleswig-holsteinischen Gedankens gewesen sei. Diese Kontroverse wurde von beiden „Parteien“ - hier Brandt, von Hedemann-Heespen und ihre Anhänger, dort Scheel, Volquart Pauls, Carl Petersen⁶⁷ und ihre wissenschaftliche Gefolgschaft - mit größter Leidenschaft geführt. Hier stießen zugleich zwei politische Welten zusammen: die aristokratisch-konservative und die bürgerliche; betont national orientiert waren sie beide. Für Hedemann mußte die so bedeutsame

Nationalstaatsidee ihren Ursprung im adlig-ländlichen Milieu haben; für Scheel und seine Anhänger war es unerträglich, daß die „schöpferische Idee“ des Nationalstaats in Schleswig-Holstein von einem konservativen Vertreter eines politisch abdankenden Standes wie Reventlow ausgegangen sein sollte,⁶⁸ nicht aber von dem renommierten Dahlmann, der 1815 seine berühmte Waterloo-Rede⁶⁹ in der Kieler Universität gehalten hatte, zu den Göttinger Sieben zählte und Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung gewesen war. Gegen Ende seiner Untersuchung stellte Scheel fest: „Niemand vor oder neben Dahlmann hat mit solcher Tiefe, Geschlossenheit und Überlegenheit den schleswig-holsteinischen Gedanken entwickelt. Er darf dessen Schöpfer genannt werden.“

⁷⁰ Die spätere historische Forschung hat Scheels These eher bestätigt.⁷¹

Die Brandt-Scheel-Kontroverse ist symptomatisch dafür, mit welcher Intensität sich die schleswig-holsteinischen Landeshistoriker den nationalen Auseinandersetzungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zuwandten, sofern sie nicht, was meist der Fall war, die Untersuchung älterer Zeiten vorzogen. Persönlichkeiten wie Dahlmann, Falck, Hegewisch, Michelsen, Lornsen, Droyesen, Beseler und andere, deren Denken durchweg im nationalen und weniger im liberalen Sinne gedeutet wurde, galten zugleich als die Vorbilder für die Gegenwart der zwanziger und - nach einer Umdeutung - auch der dreißiger Jahre. Es gab kaum eine schleswig-holsteinisch ausgerichtete Feier, während der sie nicht gerühmt wurden. Die landesgeschichtliche Forschung war noch weit davon entfernt, den Nationalstaatsgedanken zu problematisieren und die deutsche Position zu relativieren. Daher konnte sie auch kaum etwas dazu beitragen, daß die Entscheidung von 1920 von den Landsleuten verstanden und respektiert wurde. Selbstverständlich galt auch die Erhebung der deutschen Schleswig-Holsteiner von 1848 bis 1850 als politisch und moralisch vorbildhaft. Damals hatte Schleswig-Holstein überdies eine eigenständige politische Rolle gespielt, nicht nur in der deutschen, sondern sogar in der europäischen Politik. Eben dies war dann noch einmal in den Jahren 1863-1866 der Fall gewesen, und die Geschichtsforschung wandte sich diesen Zeiten gern zu. Ein Problem der „großen Politik“ war in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Nordschleswig-Klausel des Artikels V des Prager Friedensvertrages gewesen, über deren Entstehung und Geschichte Fritz Hähnsen eine gediegene Quellenpublikation herausgab; sie erschien als Veröffentlichung der Universitäts-Gesellschaft und der Baltischen Kommission.⁷² Das Vorhaben, die europäischen Quellen zur schleswig-holsteinischen Geschichte im 19. Jahrhundert zu edieren, blieb freilich in den Anfängen stecken; 1934 erschien der erste und einzige Band.⁷³

Es waren also die „Höhepunkte“ der Landesgeschichte im 19. Jahrhundert, auf

die die Historiker bevorzugt zurückblickten. Die Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte blieben dabei weitgehend unbehandelt, ebenso die innere Entwicklung im Kaiserreich. Auf Forschungen zur deutschen Nordschleswig-Politik vor 1918 wurde, obgleich sie der Gegenwartsorientierung hätten dienlich sein können, verzichtet. Ein groß angelegtes Einzelunternehmen ist hier allerdings als Ausnahme zu nennen: das Handbuch zur schleswigschen Frage, das der Studienrat und - seit 1933 - Professor an der Hochschule für Lehrerbildung in Kiel, Karl Alnor (1891-1940), verfaßte. Dabei handelt es sich um eine detaillierte und umfangreiche Darstellung der Abstimmungen von 1920 und ihrer Vorgeschichte.⁷⁴ Das Handbuch sollte, wie sein Mitherausgeber Volquart Pauls schrieb, „den deutschen Standpunkt in der Schleswig-Frage vertreten und für den täglichen Volkstumskampf und für zukünftige Entscheidungen das notwendige Rüstzeug zur Verfügung stellen.“⁷⁵ In der Tat hat Alnor den deutschen Standpunkt dargestellt, und zwar in höchst einseitiger Weise. Die Lektüre bestätigt Pauls' Aussage, daß Alnor die letzte Aufgabe des Handbuches „im Kampfe gegen Versailles“ gesehen habe.⁷⁶ Indessen ist dieses papierne Kampfinstrument ein Torso geblieben; 17 Lieferungen sind bis 1938 erschienen. In diesem Jahr aber war der „Kampf gegen Versailles“ auch in Schleswig-Holstein längst nicht mehr aktuell.

Als Hitler und seine Partei 1933 die Macht ergriffen, war der Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein bereits fest verwurzelt. In der Juli-Wahl von 1932 hatten mehr als 51 Prozent der Wähler in der Provinz der NSDAP ihre Stimme gegeben und damit das Durchschnittsergebnis im Reich (37,4 Prozent) weit übertroffen. Will man das rasche und starke Anwachsen der Hitler-Partei in Schleswig-Holstein erklären, so sind mehrere, sich jeweils unterschiedlich zusammenfügende und zum Teil in der besonderen landesgeschichtlichen Tradition gebildete Faktoren zu benennen. Zu diesen gehört nicht zuletzt die Protesthaltung der großen Mehrheit der Schleswig-Holsteiner gegenüber dem Versailler Friedensvertrag und der Entscheidung von 1920. Für den „Verlust“ Nordschleswigs wurden nicht nur die Siegermächte und Dänemark oder Preußen, sondern mehr und mehr auch die parlamentarische Republik und die sie tragenden Parteien verantwortlich gemacht.

Nur wenige Wochen nach der Machtergreifung hielten einige Amtsträger der Partei die Zeit für gekommen, eine heftige Grenzkampagne mit dem Ziel der Rückgewinnung Nordschleswigs zu entfachen. Dieser „Ostersturm“ oder „Osterwind“, wie er in Dänemark genannt wurde, kam der NSDAP und der Regierung jedoch höchst ungelegen und wurde daher von Berlin aus zur Ruhe gebracht, und zwar aus taktischen und ideologischen Gründen. Man wünschte keine zusätzlichen außenpolitischen Komplikationen, während man noch dabei

war, im Innern die totalitäre Macht zu etablieren, schon gar nicht mit den ‚nordgermanischen‘ Dänen und den anderen nordischen Staaten, die in der Nordschleswig-Frage die Haltung Dänemarks teilten. Der Pressereferent für Skandinavien im Auswärtigen Amt beteuerte am 9. April 1933 vor dänischen Sportlern in Berlin: „Die gegenseitigen Beziehungen und die Zusammenarbeit der Nord- und Südgermanen waren einmal so stark, daß einerseits einige Jahrhunderte lang in Dänemark vielfach deutsch zu hören war und daß andererseits bis weit in Mitteldeutschland hinein heute noch die Petersens, Hansens ... zu Tausenden anzutreffen sind. Das Wissen um alle diese Rassenzusammenhänge und die Verbundenheit mit den Völkern des Nordens ist dem deutschen Volke in seiner breiten Masse in den vergangenen Jahren teilweise verlorengegangen. Es wird daher Aufgabe der nationalen Regierung sein, Nord- und Südgermanen ... durch Vermittlung dieses Wissens um die eigene Rasse einander wieder nahezubringen ...“⁷⁷ Der Status quo an der deutsch-dänischen Grenze wurde auch in den folgenden Jahren offiziell nicht in Frage gestellt, mochten auch Deutsche südlich und nördlich der Grenze an ihren Revisionsforderungen festhalten. Auch während des Zweiten Weltkriegs und der Besetzung Dänemarks verlangte das nationalsozialistische Deutschland zu keinem Zeitpunkt die Rückgabe Nordschleswigs. Diese Frage war jetzt, da man die Errichtung eines großgermanischen Reiches im Sinne hatte, nicht mehr von Bedeutung.

Schleswig-holsteinische Landeshistoriker hätten in eine schwierige Lage geraten können, wenn sie genötigt gewesen wären, einerseits den bisherigen nationalen Standpunkt in der Schleswig-Frage zu vertreten und andererseits in den Dänen das germanische Brudervolk zu sehen. Da aber über dieses Dilemma niemals diskutiert wurde - jedenfalls nicht öffentlich - und es auch keine Direktiven irgendwelcher Art zur Behandlung des nationalen Problems in Geschichte und Gegenwart gab, blieb zwischen beiden Positionen, der germanischen und der nationalen, ein breiter Raum, in dem sich jeder seinen Platz suchen konnte, der es für nötig hielt, sich mit den Nationalsozialisten zu arrangieren.

Otto Scheel hatte sich schon vor 1933 einem Forschungsgebiet zugewandt, das sich in den Germanenkult der Nationalsozialisten vorzüglich einfügen ließ: der Wikingersiedlung Haithabu, deren Ausgrabung im Herbst 1930 wieder aufgenommen worden war.⁷⁸ Außer Haithabu beschäftigte ihn eine Reihe anderer „zeitgemäßer“ Themen, etwa das Problem der Urheimat der Angeln oder Urholstein. Zeitgemäß war auch Scheels Buch über den Aufstieg und Niedergang der englischen See- und Weltmacht, das, mit antisemitischen Ausfällen durchsetzt, während des Zweiten Weltkriegs in vier Auflagen erschien.

Der Ruf nach Revision der Nordgrenze wurde, der Parteilinie entsprechend, in den dreißiger Jahren merklich leiser, und er war auch seltener zu vernehmen als

in der Zeit der Weimarer Republik. 1935 und 1936 sahen sich die Landeshistoriker freilich von der dänischen Seite herausgefordert. Der dänischen Minderheit südlich der Grenze war es trotz des politischen und sozialen Drucks, dem sie ausgesetzt war, gelungen, zwei neue Privatschulen zu eröffnen, und zwar in Tönning (1935) und in Ladelund (1936). Daß gerade im südlichsten Teil Schleswigs, unmittelbar an der Eider, eine dänische Schule errichtet wurde, rief „in deutschen Kreisen größtes Erstaunen“ hervor, zumal hier die Volkssprache „niemals dänisch gewesen“ war, wie Volquart Pauls in seiner Schrift „Dänentum in Eiderstedt?“⁷⁹ feststellte. Pauls betonte, er wolle „wirklichen Dänen, auch nicht in Eiderstedt, das Recht zur Pflege ihres Volkstums“ nicht bestreiten. Damit machte er deutlich, daß er - wie nahezu alle Deutschen südlich der Grenze - nicht bereit war, das Gesinnungsprinzip, d.h. die freie Entscheidung des einzelnen über seine nationale Zugehörigkeit, anzuerkennen. Dieses Prinzip war schon in einer Minderheiten-Schulverordnung von 1926 auch für Schleswig festgelegt worden,⁸⁰ wurde aber in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur noch weniger respektiert als zuvor.

Einen wahren Entrüstungssturm der schleswig-holsteinischen Heimatbeflissenen und auch der Historiker rief 1936 die dänische Grenzlehre des Nordschleswiger Seminarlehrers und Historikers Claus Eskildsen (1881-1947) hervor.⁸¹ Der Ver- lasser untersuchte anhand von Kriterien der nationalsozialistischen Blut- und Bodentheorie (Hausformen, Orts- und Personennamen, Volksbräuche usw.), wie weit sich der dänische „Volksboden“ nach Süden hin erstreckte. Er kam zu dem Ergebnis, daß das Gebiet bis zu einer Linie Schlei-Treene „von dänischem Blut“ sei - das friesische Siedlungsgebiet ausgenommen - und daß der südliche Teil Schleswigs bis zur Eider „von gemischtem Blut“ sei. Eskildsens Buch, in dem die Nationalsozialisten gleichsam mit ihren eigenen Waffen geschlagen wurden, erschien auch in einer deutschen Übersetzung. In einer besonderen Schriftenreihe, herausgegeben vom Schleswig-Holsteiner-Bund, strengten sich schleswig-holsteinische Historiker, Volks- und Rassenkundler an, die Thesen Eskildsens zu widerlegen. Dabei versuchte Alexander Thomsen, den scheinbar verbindenden Rassenstandpunkt und nicht allzu sehr die trennenden nationalen Auffassungen zu betonen: „Es gibt keine Rassen- und damit auch keine Blutsgrenze an der Schlei-Dannewirke-Linie. Damit fällt auch die Behauptung weg, daß hier die Blutsgrenze des Nordens liege. Der nordische Gedanke und die Pflege nordischer Haltung und nordischen Geistes ist keine Angelegenheit des dänischen Volkes allein, mehr denn je ist Deutschland Hüter und Bewahrer des nordischen Blutes ... Wir brauchen uns mit den Dänen nicht darüber zu streiten, ob vor uns in Schleswig mehr Westgermanen oder Nordgermanen saßen. Es genügt uns, und wir sind stolz darauf, daß es Germanen

waren.“⁸² Thomsen schloß mit dem scheinbar versöhnlichen Hinweis, daß man deutscherseits „die Gleichberechtigung der Dänen in Schleswig ohne weiteres“ anerkenne. Das war zuvor nur selten so gesagt worden. Aber ein Ausgleich auf der Basis des inhumanen Rassegedankens konnte damals für die große Mehrheit der Dänen nicht attraktiv sein. Die dänischen Historiker von Rang hielten sich denn auch dieser absonderlichen Kontroverse fern. Wohl aber griff Otto Scheel fleißig zur Feder.⁸³

Ihm wurde die wissenschaftliche Leitung des vom Gauleiter Lohse im Januar 1938 gegründeten Instituts für Volks- und Landesforschung an der Universität Kiel übertragen. Dieses betont nationalsozialistisch ausgerichtete Institut sollte die verschiedenen Zweige der Landesforschung koordinieren und deren Ergebnisse in verständlicher Form publizieren. Es hatte gemäß der Rassen- und Nordlandideologie keine betont antidänische Zielsetzung. Zum historischen Programm des Instituts gehörte die Herausgabe der Schriften „der führenden Männer, die im 19. Jahrhundert den deutschen politischen Willen unseres Landes geweckt und geformt haben, weil sie aus der Tiefe des deutschen Volksgedankens schöpfen“ und „von der Wirklichkeit des Volkes her“ die politische Ordnung gestalten.⁸⁴ Es waren also immer noch die Liberalen des 19. Jahrhunderts, denen das primäre Interesse der Historiker galt. Allerdings mußten deren Wirksamkeit und deren Schriften jetzt im nationalsozialistischen Sinne umgedeutet werden. Die Maßstäbe hatte schon der Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber am Beispiel Dahlmanns vorgegeben.⁸⁵ Es kam jetzt darauf an, wo es irgend ging, die Liberalen vom „Makel“ gleichsam befreien, westlich-liberale oder gar demokratische und individualistische Theorien und Forderungen vertreten zu haben. Sie waren als Propheten der „völkischen Gemeinschaft“ zu aktualisieren.

In der Reihe dieser politischen Schriften erschienen auch die schon zuvor einmal edierten Briefe von Uwe Jens Lornsen (1793-1838), bearbeitet (!) von Alexander Scharff. In der Einleitung begründete der Bearbeiter den aktuellen Zweck der Edition: Es sei die Frage, ob Lornsen „liberal im individualistischen Sinne gedacht“ habe, ob seine Forderungen „dem Parlamentarismus“ die Wege geöffnet hätten: „Die Antwort darauf ist nicht unwesentlich für unsere Zeit, die nach Überwindung des parlamentarischen Systems und des Parteienstaates eine neue Ordnung auf den Grundlagen der Rasse, des Volkstums und des germanischen Führergedankens sich errungen hat.“⁸⁶ Einige Seiten weiter wird dann der Eindruck erweckt, Lornsen habe bereits nach einem „Führer“ im Kampf gegen die Dänen gerufen.

Es hatte sich schon 1935 gezeigt, daß die dänischen „Kontrahenten“ jegliche Diskussion auf der Grundlage von rassistischen und völkischen Theorien empört

ablehnten. In diesem Jahr hatte Karl Alnor die Rezension eines Handbuches zur politischen Geschichte Dänemarks von 1814 bis zur Gegenwart in der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte veröffentlicht.⁸⁷ Er warf den Autoren hier ihren mangelnden Sinn für „die Dynamik des Raumes und des Blutes“ vor, ebenso „eine uns Deutschen kaum verständliche Hingabe an Fragen der Lohnpolitik und des Parteienspiels der parlamentarischen Zahlendemokratie“.⁸⁸

Nach der völkerrechtswidrigen Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen rissen auch die letzten dünnen Fäden zwischen Fachkollegen nördlich und südlich der Grenze. Als Otto Scheel 1941 die Präsidentschaft des von der deutschen Besatzungsmacht eingerichteten Deutschen Wissenschaftlichen Instituts in Kopenhagen übernahm,⁸⁹ setzte er zugleich den fachlichen und menschlichen Beziehungen zwischen schleswig-holsteinischen Landesgeschichtlern und dänischen Historikern ein Ende.

Alles in allem ist der bleibende wissenschaftliche Ertrag der landesgeschichtlichen Publikationen, die sich in den Jahren nach 1933 mit dem nationalen Problem in Schleswig befassen, relativ geringfügig.⁹⁰ Sie bieten allerdings im überreichen Maße Belege für den Mißbrauch, die Perversion und den Niedergang auch der Landesgeschichte in der Zeit der nationalsozialistischen totalitären Herrschaft.

Anmerkungen

- 1 Georg Waitz: Kurze Schleswig-Holsteinische Landesgeschichte, Kiel 1864.
- 2 So in dem Handbuch von Otto Brandt: Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß, 8. Aufl., verbessert u. ergänzt v. Wilhelm Klüver, Kiel 1981; Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 1 ff., Neumünster 1955 ff. (noch nicht abgeschlossen); Alexander Scharff: Geschichte Schleswig-Holsteins. Neuausgabe v. Manfred Jessen-Klingenberg, 5. Aufl., Freiburg 1991.
- 3 Literatur bis 1981 im Handbuch von Brandt, sodann bei Ulrich Lange (Hg.): Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1996; in diesem Handbuch wird erstmalig von dem Waitzchen Prinzip des ‚Durchgehenden‘ abgewichen. Genannt sei hier nur, weil zu Unrecht kaum genutzt, William Carr: Schleswig-Holstein 1815-48. A Study in national Conflict, Manchester 1963.
- 4 Jürgen Bremer: Geschichte Schleswig-Holsteins bis zum Jahre 1848, Kiel 1864.
- 5 Christian Godt: Geschichte Schleswig-Holsteins von der Erhebung bis zur Gegenwart (1848-1888), Altona 1888.
- 6 Heinrich Handelman: Geschichte von Schleswig-Holstein, Kiel 1873.
- 7 Werner Fröhlich: Geschichte Schleswig-Holstein 's von der ältesten Zeit bis zum Wiener Frieden, Flensburg 1896.

- 8 Christian A. Volquardsen: Aus schleswig-holsteinischer Geschichte, Leipzig 1907.
- 9 Die Identitätskrise großer Teile des Bürgertums, hervorgerufen durch die seit 186' beschleunigte Industrialisierung, mag zusätzlich die Hemmungen erklären, sich mit den vorangegangenen Jahrzehnten auseinanderzusetzen.
- 10 Hierzu Oswald Hauser: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke, Neumünste 1960, S. 161 ff. sowie Gottlieb Japsen: Den fejlslagne germanisering, Aabenraa 1983
- 11 Dazu Lorenz Rerup: A. D. Jørgensen. Historiker aus dem schleswigschen Grenzland Flensburg 1967, S. 109 f.
- 12 Rerup, S. 76-77.
- 13 Manfred Jessen-Klingenberg: Geschichtsschreibung im Auftrage des Oberpräsidenten. Zur Entstehung von Reimer Hansens Landesgeschichte, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schl.-Holst. Gesch. 115 (1990), S. 231.
- 14 Hinrich Ewald Hoff: Schleswig-Holsteinische Heimatgeschichte, 2 Bände, Kiel 1911; neue Ausgabe in drei Bänden, Kiel 1925.
- 15 Reimer Hansen. Kurze Schleswig-Holsteinische Landesgeschichte, Flensburg 1912 2., verb. Aufl., Flensburg 1924.
- 16 Volquart Pauls: Reimer Hansen (Nachruf), in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 56 (1927), S. 632.
- 17 Rerup, S. 152.
- 18 Dazu Jörn-Peter Leppien: Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen 1909 1929, Neumünster 1981.
- 19 Jessen-Klingenberg, Geschichtsschreibung, S. 250.
- 20 Dänische Ausgabe: M. Mackeprang: Nordslesvig 1864-1909, Kopenhagen 1910 deutsche Ausgabe: Jena 1912.
- 21 Ernst Daenell: Nordschleswig seit 1864, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 43 (1913), S. 372 ff. Zu Daenell wie auch zu anderen Historikern der Universität Kiel die hier genannt werden, sei verwiesen auf Friedrich Volbehrr/Richard Veyl: Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel 1956, sowie auch Karl Jordan: Geschichtswissenschaft, in: Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Bd. 5, T.2, Geschichte der Philosophischen Fakultät, Neumünster 1969.
- 22 H. Hansen: Mackeprang und Daenell über „Nordschleswig von 1864-1911“, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw. Holst. Gesch. 44 (1914), S. 298; daselbst S. 312 ff. Entgegnung Daenells.
- 23 Zeitschr. d. Ges. f. Schl.-Holst. Gesch. 50 (1923), S. III; der Verf. ist sicherlich Volquart Pauls.
- 24 Dazu die in Anm. 10 u. 18 genannten Untersuchungen von Hauser u. Leppien.
- 25 Paul von Hedemann-Heespen; Schleswig-Holstein und der Zusammenbruch der Neuzeit, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 48 (1918), S. 391.
- 26 Hedemanns Vita: Wilhelm Klüver, in: Schlesw.-Holst. Biographisches Lexikon, Bd 3, S. 143-144, dort weitere Literaturangaben; hinzuzufügen ist Bernd Kreklau: Paul von Hedemann-Heespens öffentliche Preußenkritik, Phil. Diss. Kiel 1986.
- 27 Volquart Pauls: Paul von Hedemann-Heespen, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 65 (1937), S. XIX.

- 28 Hedemann-Heespen, Zusammenbruch, S. 394-395.
- 29 Im Gegensatz zur Stadt.
- 30 Hedemann-Heespen, Zusammenbruch, S. 397.
- 31 Hedemann-Heespen: Die politischen Grundzüge in der Geschichte der holsteinischen Verwaltung, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 49 (1919), S. 277.
- 32 Paul von Hedemann-Heespen: Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit, Kiel 1926.
- 33 Hedemann im Vorwort, S.8.
- 34 1927 wurde H.-H. von der königlich dänischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte in Kopenhagen zum ordentlichen Mitglied gewählt; die Universität Würzburg verlieh ihm 1932 die juristische, die Universität Erlangen 1933 die philosophische Ehrendoktorwürde.
- 35 Kreklau, S. 314-315.
- 36 Volquart Pauls: Hundert Jahre Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Neumünster 1933, S. 195.
- 37 Volbehr/Weyl, S. 194 sowie Jordan, S. 82.
- 38 Manfred Jessen-Klingenberg/Kurt Jürgensen: Universität und Land. Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 1918-1993, Neumünster 1995, S. 11-13.
- 39 Jordan, S. 78-79.
- 40 Arnold Oskar Meyer: Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein in Vergangenheit und Gegenwart, Kiel 1919, S. 17-18.
- 41 Vgl. Manfred Hanisch: Gefallen für das Vaterland, Erlangen 1994, S. 32-34.
- 42 Otto Brandt: Geschichte Schleswig-Holsteins. Ein Grundriß, Kiel 1925, dän. Ausgabe: Slesvig-Holstens Historie, Kopenh. 1926.
- 43 Brandt, Geschichte, S. 184.
- 44 Erschienen in Kiel; zweite, verbesserte Aufl. 1927.
- 45 Brandt, Geschichte, S. 126.
- 46 Zu ihr gehört auch Brandts Schrift: Zur Vorgeschichte der schleswig-holsteinischen Erhebung, Berlin 1927; auch sein Vortrag: Das Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins in Schleswig-Holstein, Kiel 1928.
- 47 Otto Brandt/Karl Wöflle: Schleswig-Holsteins Geschichte und Leben in Karten und Bildern. Ein Nordmark Atlas, Altona 1928, 2. Aufl. 1931.
- 48 Otto Brandt: Caspar von Saldern und die nordeuropäische Politik im Zeitalter Katharinas II., Erlangen 1932.
- 49 Volbehr/Weyl, S. 22; Jordan, S. 84.
- 50 Alexander Scharff: Otto Scheel, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 80 (1956), S. II.
- 51 Rudolf Bülick: Bibliographie Otto Scheel, in: Schriften d. Vereins f. Schlesw.-Holst. Kirchengeschichte, 2. R., 10. Bd.(1950); Ergänzungen b. Scharff, Otto Scheel sowie
- 52 Thomas Otto Achelis: Otto Scheel, in: Schlesw.-Holst. Biographien, Neumünster 1962, S. 96.
- 53 Otto Scheel: Dänemark und wir, in: Tübinger Kriegsschriften, H. VII, Tübingen 1915.
- 54 Scheel, Dänemark, S. 32.

- 55 Jordan, S. 83.
- 56 Otto Scheel: Eine Reise zur Abstimmung in der ersten Zone Nordschleswigs, Tübingen 1920.
- 57 Scheel, Reise, S. 26.
- 58 Jessen-Klingenberg/Jürgensen, S. 28.
- 59 Zitiert nach Rudolf Rietzler: „Kampf in der Normark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982, S. 118, Anm. 33. Rietzler untersucht -grundlegend- die innenpolitische Entwicklung der Provinz in dem angegebenen Zeitraum.
- 60 Dazu Jessen-Klingenberg/Jürgensen, S. 32 ff.
- 61 Der Ertrag ist in den Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel veröffentlicht; Verzeichnis der Schriften bei Jessen-Klingenberg/Jürgensen, S. 189 ff.
- 62 Broder Schwensen: Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933, Frankfurt/M. 1993, S. 318-319.
- 63 Dazu Manfred Jessen-Klingenberg: Nord-Locarno - Anton Schifferers und Otto Scheels ‚nordische Reise‘ im Oktober 1927, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 96(1971), S. 309-340.
- 64 Ulrich von Hasseil: Der Kreis schließt sich. Aufzeichnungen in der Haft 1944, hg. v. Malve von Hasseil, Berlin 1994, S. 302.
- 65 Dazu Carl Petersen (Hg.): Deutschland und der Norden. Umriss, Reden, Vorträge, Breslau 1931 sowie Jessen-Klingenberg/Jürgensen, S. 46-49.
- 66 Hans-Jürgen Lutzhöft: Der nordische Gedanke in Deutschland 1920-1940, Stuttgart 1971, S. 222 f.
- 67 Otto Scheel: Der junge Dahlmann, in: Veröffentlichungen d. Schlesw.-Holst. Universitäts-Gesellschaft III, Kiel 1925.
- 68 Carl Petersen: Nicolaus Falck und die Entstehung des schleswig-holsteinischen Gedankens, in: Veröffentl. d. Schlesw.-Holst. Universitäts-Gesellschaft, Nr. 10. Breslau 1926; in einem Exkurs S. 103-111 setzt sich Petersen mit Brandt auseinander.
- 69 Vilhelm la Cour: Lukkede Dpre. Traek fra min Manddoms Aar, Kpbhavn 1956 berichtet S. 131, Scheel habe ihm gesagt: „Eine hysterische Gräfin, die den größten Teil des Tages auf dem Diwan verbrachte, zum Mittelpunkt einer geistig-politischen Bewegung zu machen, ist doch reine Phantasie.“ Gemeint war Julia, die Frau von Fritz Reventlow.
- 70 Friedrich-Christoph Dahlmann: Rede zur Feier des Sieges vom 18ten Junius 1815..., Kiel 1815.
- 71 Scheel, Der junge Dahlmann, S. 38.
- 72 Alexander Scharff: Friedrich Christoph Dahlmann - Leistung und Bedeutung für Universität und Land, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 90 (1965), S. 83-100.
- 73 Fritz Hähnsen (Hg.): Ursprung und Geschichte des Artikels V des Prager Friedens, 2 Bände, Breslau 1929.
- 74 Johann Albrecht von Rantzau: Europäische Quellen zur schleswig-holsteinischen Geschichte im 19. Jahrhundert, 1. Bd., Breslau 1934.
- 75 Karl Alnor: Handbuch der schleswigschen Frage, Bd. 2-4, Neumünster 1926-1941.

- 76 Volquart Pauls: Karl Alnor zum Gedächtnis, in: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 69 (1941) S. IX.
- 77 Pauls, Alnor, S. IX. Gleichsam einen Extrakt seiner Auffassungen hatte Alnor schon in den zwanziger Jahren in einem für den Geschichtsunterricht bestimmten Buch dargelegt: Schleswig-Holsteins Erbe, Neumünster, o.J.; das Kapitel über die Abstimmungen 1920 trägt die Überschrift „Der große Betrug“.
- 78 Peter Hopp/Carsten Mogensen: Ostersturm 1933, Flensburg 1983, S. 126.
- 79 la Cour, Lukkede Dpre, berichtet S. 130-140 auch über seine Begegnungen mit Scheel bei den Grabungen in Haihabu. Über Scheels Schriften u. Aufsätze zu diesem und anderen frühgeschichtlichen Themen sei verwiesen auf die Bibliographie von Bülck (Anm. 51).
- 80 Volquart Pauls: Dänentum in Eiderstedt? Kiel 1936, S. 3.
- 81 Reimer Hansen: Die historischen Wurzeln und die europäische Bedeutung der Kieler Erklärung vom 26.9.1949, in: Die Kontinentwerdung Europas. Festschr. f. Helmut Wagner, hg. v. Heiner Timmermann, Berlin 1995, S. 129.
- 82 Claus Eskildsen: Dansk Graenselaere, Kqbenhavn 1936; bis 1943 erschienen 5 Auflagen.
- 83 Alexander Thomsen: Blut und Rasse im Volkstumsringen der Nordmark, Flensburg 1939, S. 22.
- 84 Hier sei nur genannt seine anonym erschienene Schrift „Schleswig urdänisches Land? Kiel 1937.
- 85 Festgabe zur ersten Jahrestagung des Instituts für Volks- und Landesforschung an der Universität Kiel, Neumünster 1939, S. 92-93.
- 86 Ernst Rudolf Huber: Friedrich Christoph Dahlmann und die deutsche Verfassungsbewegung, in: Die Universität und Schleswig-Holstein, hg. v. Paul Ritterbusch und Hanns Löhr, Neumünster 1937, S. 38-47. Dazu Reimer Hansen: Friedrich Christoph Dahlmann, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Deutsche Historiker, Bd. V, S.34.
- 87 Alexander Scharff (Bearb.): Uwe Jens Lornsens politische Briefe, 2. Aufl., Heide o. J., S. IX.
- 88 Povl Engelstoft/Frantz Wilhelm Wendt: Haandbog i Danmarks politiske Historie fra Freden i Kiel til vore Dage, Kpbhavn 1934; Alnors Rezension: Zeitschr. d. Ges. f. Schlesw.-Holst. Gesch. 63 (1935), S. 447-450; zur Reaktion in Dänemark sei nur verwiesen auf la Cour, Lukkede D0re, S. 127.
- 89 Alnor. Rezension, S. 450.
- 90 Niels Alkil (Red.): Besaettelsestidens Fakta, I. Bd., Kpbhavn 1945, S. 654-659.
- 91 Zu den positiven Ausnahmen zählt die Dissertation von Christian Degn: Orla Lehmann und der nationale Gedanke. Eiderstaat und nordische Einheit, Neumünster 1936.

Bahnhof Harrislee –

Schüler/innen gestalten ein Mahnmal

von CHRISTOPH WIEGAND

1. Die Vorbereitung

Anfang August 1996 kommt mein Kollege Dr. Jörn-Peter Leppien im Lehrerzimmer der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg mit einer Frage auf mich zu: „Kannst du dir vorstellen, mit Schülern im Kunstunterricht ein Mahnmal zum Gedenken an die Verschleppten und Ermordeten der Nazi-Zeit zu entwerfen?“

Es geht um die dänischen Gefangenen des Lagers Frøslev, die 1944/45 vom Bahnhof Harrislee aus die Fahrt in die Konzentrationslager antreten mußten. Aus Unkenntnis stelle ich viele zeitgeschichtliche Verständnisfragen. Kollege Leppien, Historiker, Redakteur der Grenzfriedenshefte, bekannt durch seine - auch mit Schülern durchgeführten - Initiativen gegen das Verdrängen und Vergessen, beantwortet sie alle geduldig und sachverständig. Am nächsten Tag liegt das Sonderheft „Harrislee-Bahnhof - eine .Station auf dem Weg in die Hölle“¹ in meinem Postfach im Lehrerzimmer.

Ich lese das in Deutsch und Dänisch verfaßte, mit Dokumentationsfotos versehene Heft rasch durch und erfahre: Auch Harrislee, das heute neu wie aus dem Modellbaukasten aussieht, hat eine dunkle Station der Geschichte. Die Verladestation für die Gefangenen war der Bahnhof Harrislee. Die einzige „Schuld“ der dänischen Männer bestand - in den Augen der Nazis - darin, uniformierte Beamte des 1940 überfallenen Dänemarks zu sein, also Polizisten und Grenzgardeme. Andere hatten sich als Widerstandskämpfer gegen die deutsche Besatzungsmacht zur Wehr gesetzt. Diese unschuldig in Gefangenschaft geratenen Männer wurden im dänischen Lager Frøslev (Frøslevlejren), ein paar Kilometer von Harrislee „interniert“, wie es so euphemistisch heißt. Gegen Ende des Krieges wurden 1600 Männer von Frøslev in die deutschen Konzentrationslager verschleppt. Etwa 250 von ihnen sind dort ermordet worden. Reste des Bahnhofs stehen noch heute. Das verbliebene Gebäude ist ungenutzt. Es befindet sich im Besitz der Deutschen Bahn AG. Ich empfinde wohlthuend, daß Bewohner des ahistorisch wirkenden Ortes, dessen historischer Dorfkern nicht mehr existiert, die dunklen Stellen ihrer Gemeinde nicht verschweigen und vergessen, sondern sie im Gegenteil zum Mahnmal für das „Nie wieder!“ entdecken und nutzen wollen. Vom Förderkreis „Harrislee-Bahnhof1 geht die Initiative aus: Jugendliche verschiedener Schulen sollen Modelle für ein Mahnmal herstellen. Die Ergebnisse dieses Ideenwettbewerbs könnten dann in der Bürgerhalle Har-

rislee ausgestellt werden. Mir fallen gleich zwei Einwände ein:

1. So etwas können Schüler nicht leisten, die Aufgabe ist nicht altersgemäß. Diesen Einwand zerstreut Kollege Leppien durch Wertschätzung, indem er an die ihn oft beeindruckenden Ausstellungen von Ergebnissen des Kunstunterrichts im Schulgebäude erinnert.
2. Ein Wettbewerb ist diesem Thema nicht angemessen. Sportlicher Ehrgeiz, wer wohl am eindrucksvollsten der Opfer mittels eines Mahnmals gedächte, würde dem ethischen und ästhetischen Gehalt des Projekts nicht entsprechen.

Darüber sind wir uns einig.

Ende November findet ein Treffen mit dem Arbeitskreis „Harrislee-Bahnhof“ statt. Ich lerne Anke Spoorendonk (MdL/SSW) kennen. Sie leitet als Harrisleer Bürgerin die kleine Zusammenkunft aus Mitgliedern des Förderkreises, Vertreter/innen der Harrisleer Bürgerschaftsparteien sowie Kollegen und Kolleginnen, die das Fach Kunst unterrichten und zur Teilnahme aufgefordert wurden.

Das Projekt „Schüler/innen gestalten ein Mahnmal“ wird aus der Taufe gehoben. Demnächst werde auch eine Empfehlung für einen möglichen Standort an die teilnehmenden Schulen versandt.

Mich selbst reizt die Aufgabe im Hinblick auf meinen Leistungskurs Kunst, den ich wöchentlich fünf Stunden unterrichte. Ich werde dem Kurs das Projekt für das letzte Semester vorschlagen, in dem alle Schülerinnen und Schüler auch die Abiturprüfungen überstehen müssen. Bei einem Semesterabschluß-Frühstück erläutere ich die Aufgabe, die sich auch gut mit dem Lehrplan vereinbaren läßt. Es erhebt sich kein Widerspruch; ich spüre, die Aufgabe regt Engagement und Phantasie der jugendlichen Gruppe an: Im Durchschnitt achtzehn Jahre alt, neun Mädchen, ein Junge. Mehrere stammen aus Harrislee. Die Jugendlichen sind fleißig und ästhetisch interessiert. Die meisten kenne ich schon seit der zehnten Klasse. Bei der Hälfte von ihnen soll Gestaltung in irgendeiner Weise die zukünftige Ausbildung oder das Studium bestimmen. Ich arbeite gern mit diesem Kurs. Über die Weihnachtsferien werden die Schüler/innen die Dokumentation „Harrislee- Bahnhof - eine .Station auf dem Weg in die Hölle“ lesen.

2. Das Entstehen

Anfang März 1997 beginne ich das Thema im Kunstunterricht. Verblüfft registriere ich die Ergebnisse folgenden Einstiegs:

„Nennen Sie Beispiele für Denkmäler, die Sie kennen!“

Die Befragten kennen kaum Beispiele. Das direkt vor dem Gymnasium gelegene Kriegerdenkmal (zum Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs)

fällt ihnen nicht ein. Die „Freiheitsstatue“ fällt ihnen ein. Schüchtern erkundigen sie sich, ob die „Holm-Nixe“ in der Flensburger Fußgängerzone (eine etwas abstrahierte Brunnenskulptur aus den siebziger Jahren) ein Denkmal sei.

„Ist kein Denkmal.“

„Der Neptunbrunnen auf dem Nordermarkt?“

„Brunnenfiguren sind wohl selten Denkmale.“

Mahnmale sind überhaupt nicht bekannt.

Es gibt hier Informationslücken. Denkmale sind zum Beispiel, erkläre ich, das Bismarck-Denkmal in Hamburg oder der Idstedt-Löwe, der früher auf dem Alten Friedhof stand. Ich erzähle etwas über die Bedeutung dieser Denkmale.

Auf keinen Fall will ich das Projekt theoretisch überfrachten. Ich stelle auf einem DIN A 4-Bogen ein paar Kurzinformationen und Überlegungen vor. Ich differenziere noch nicht scharf zwischen den Begriffen „Denkmal“ und „Mahnmal“.

Auszüge:

- Denkmal (Lehnübertragung aus dem Griech. mnemosynon = Erinnerungszeichen, Andenken)
- Denk mal! (Appellative Funktion... mit einem Zeichen gedenken)
- Mal: Stelle, Ort, Erinnerungszeichen - Gedenkstein oder -bild; Bauwerk der Vorzeit
- Wortzusammensetzungen: Muttermal, Schandmal, Merkmal, Wundmal, Kainsmal, Mahnmal
- Lat.: monumentum, monere: mahnen ... monumental; denkmalartig, gewaltig, eindrucksvoll groß,
- Mahnmal: nicht nur denken, sondern mahnen
- Wer denkt? Viele? Bestimmte? Woran wird gedacht? An eine Person/ein Ereignis/an die Regierung/an einen Tatort?
- Welchen Bezug hat der Standort des Denkmals zum Ort des Gedenkens?
- Welchen Bezug hat die Gestaltung des Denkmals zum Gegenstand des Gedenkens?
- Wie groß ist die Publikumsfrequenz?
- Welche Intensität des Gedenkens kann der einzelne erreichen?
- Welcher künstlerische/gestalterische Aufwand wird getrieben?
- Welcher bautechnische Aufwand wird getrieben?

Fragen zur Gestaltung:

- nur textlich (Schrifttafel)?
- fotografisch/dokumentarisch?
- symbolisch?
- figurativ? zeichenhaft?

- baulich?
- materialgebunden, zum Beispiel: Stein, Bronze?
- singuläre Figur ohne Bezug zur Umgebung?
- bauliche Anlage ohne Außenanlage?
- bauliche Anlage mit Außenanlage?
- Anknüpfung an eine vorhandene bauliche Anlage?

- Wodurch unterscheidet sich eine x-beliebige Außenskulptur von einem Denkmal?

Die Fragen umreißen das Gebiet und rufen erste Ideen und Vorstellungen hervor.

In der nächsten Stunde haben sich aus der Zehnergruppe vier Arbeitsgruppen gebildet: zwei Zweier- und zwei Dreiergruppen.

Ideenfindung, Standortbestimmung. Erste vorsichtige Skizzen.

Noch für dieselbe Woche wird die Exkursion geplant.

Die Etappen:

- kurzer Besuch des Flensburger Bauhofs. Ein merkwürdiges Gelände. Eine hügelige Steinlandschaft, direkte Begegnung mit dem Material Stein. Symbolwert: Dauerhaftigkeit, Ewigkeit. Wir dürfen ein paar Marmorsteine als „Gesteinsproben“ mitnehmen.
- Fahrt zum Grenzübergang Harrislee. Die Gebäude der Grenzanlage, ein Parkplatz, Gleisanlagen der Eisenbahn, ein paar Büsche bilden ein eher triviales Ensemble. In der Nähe der Gleise etwas Grün. Hier wäre nach den Vorstellungen des Förderkreises aber ein geeigneter Platz für das Mahnmal, denn die Lastwagen mit den Deportierten überquerten an dieser Stelle die Grenze auf ihrer Fahrt vom Lager zum Bahnhof Harrislee ins Ungewisse... (Abb. 1)
- Dann wandern wir über das weitläufige Gelände des Lagers Frøslev. Fast alle Baracken stehen noch, einige werden als einfache Unterkünfte für Tagungs- oder Reisegruppen genutzt, einige dienen als Internatsschule („Ungdomskole“), ein paar sind zum Gedenken an das Schicksal der Gefangenen mit ehemaligem Mobiliar und Dokumentationsafeln ausgestattet. Trotz der grimmigen Kälte verharren wir eine Weile an der Gedenkstätte des Lagers Frøslev.
- Von dort fahren wir zum stillgelegten und fast versteckt gelegenen Bahnhof Harrislee (Abb. 2). Von dem ursprünglich zweistöckigen Bau wurden das Dach, der Giebel, die ganze obere Etage sowie zwei kleinere Rück- und Seitenflügel abgetragen, so daß jetzt nur noch das Erdgeschoß steht: ein vier-

eckiges flaches Gebäude mit Erker. Die Fenster sind mit Holzplatten vernagelt. Architektonisch ist das Gebäude bis zur Bedeutungslosigkeit verändert worden, der technische Zustand scheint aber auf den ersten Blick in Ordnung zu sein.

In den nächsten Unterrichtsstunden bilden sich in den vier Arbeitsgruppen konkretere Vorstellungen und Ideen für eine Gestaltung heraus, so daß die nächste Phase, der Modellbau, beginnen kann.

Instrumentelle und praktische Arbeitsweisen sind gefragt. Wir arbeiten in den Werkräumen der Schule, die renovierungsbedürftig und etwas altmodisch eingerichtet sind, wo wir aber immerhin neben einigem Werkzeug und Werkbänken auch über eine neue Tischkreissäge verfügen sowie über ein Vorratslager mit vielfältiger Materialsammlung.

Meine Aufgabe: Ich berate die Gruppen in technischen, praktischen und gestalterischen Fragen, wenn sie es wünschen.

- In welchem Maßstab soll das Modell entstehen?
- Wo besorgen wir die Spanplatte, den Modellbaukarton, die Granitplatte usw.?
- Wie funktioniert dieses Werkzeug?
- Welche Maschine, welchen Klebstoff, welche Farbe brauchen wir?
- Paßt der Gesichtsausdruck der Tonfigur zu der angestrebten Darstellung?
- In welchem Winkel soll der Güterwaggon zum Bahnhofsgebäude stehen?

In dem Maße, in dem die Modelle konkrete Gestalt annehmen, stelle ich auch fest, was die Schüler/innen handwerklich und gestalterisch alles lernen bzw. üben: maßstäbliches Arbeiten, Messen, Schneiden, Falzen, Kleben, gezieltes Abmischen von Farben, räumliche Vorstellung, Einschätzen ästhetischer Wirkungen.... Im sozialen Bereich: Arbeitsorganisation, Abstimmung mit den anderen, Konkurrenz, aber auch Anerkennung der Leistung der anderen, Realitätswachstum, Präsentation der Ergebnisse als anschauliche Vermittlung subjektiver Vorstellungen. Schließlich der fächerübergreifende Aspekt: Über losgelöste gestalterische Übungen hinaus befassen sich die Schüler/innen mit regionalen Geschehnissen als Teil der jüngeren europäischen Geschichte und liefern mit ihrer Arbeit sogar eigene Beiträge zu Geschichte, Kultur und Ethik.

Als alle Gruppen Ideen entwickelt haben, besichtigen wir das sehr moderne Mahnmal bei Schwesing, das der Bildhauer Ulrich Lindow in den achtziger Jahren gestaltet hat. Hier empfangen wir Anregungen zum sensiblen Einsatz verschiedener Materialien für eine solche Außengestaltung.

Parallel zur praktischen Arbeit verfassen die Schüler/innen Arbeitsberichte, in denen Voraussetzungen und Gestaltungsentscheidungen reflektiert werden. Die Texte dienen bei der folgenden Ausstellungsphase zur Erläuterung der Arbeit und werden von vielen Betrachtern gelesen. Für mich als Lehrer dienen diese

Berichte u.a. als Beurteilungsnachweise.

Die Anwesenheit der Schüler/innen bei diesem Arbeitsunterricht ist fast lückenlos, auch nach dem schriftlichen Abitur, als ich höre, daß in dem einen oder anderen Fachunterricht der Präsenzeifer spürbar nachläßt. Das Projekt „Mahnmal“ scheint Bestandteil des subjektiven Schülerinteresses geworden zu sein.

3. Die Ausstellung: Ergebnisse

Zunächst werden die vier fertigen Arbeitsergebnisse im Foyer der Auguste-Viktoria-Schule gezeigt und von allen Altersstufen der Schulgemeinde stark beachtet. Die Journalistin Andrea Potysch vom Flensburger Tageblatt wird auf das Projektergebnis aufmerksam und veröffentlicht einen groß aufgemachten Bericht unter der Überschrift „Wir wollen ein Zeichen setzen“ (Kommentar der Schülerin Sybille Voigt zu ihrer Arbeit). Illustriert durch drei Fotos, stellt die Journalistin ausführlich die Ideen der drei an dem Projekt beteiligten Schulen dar² und berichtet ebenso einfühlsam von der folgenden Ausstellungseröffnung am 8. Juni 1997, einem Sonntagvormittag, im Bürgerhaus Harrislee.³

Trotz des strahlenden Sommerwetters und dichter Termine zum Schuljahresende strömen die Besucher zahlreich herbei. Darunter auch als Ehrengäste Überlebende der Konzentrationslager mit ihren Frauen (Abb. 3). Die Auguste-Viktoria-Schule ist mit vier, die Zentralschule Harrislee und die Duborg Skole sind mit je zwei Modellentwürfen vertreten. Nach Begrüßung durch Karl-Hermann Rathje, Bürgervorsteher der Gemeinde Harrislee, moderiert Anke Spoorendonk, Sprecherin des Arbeitskreises „Bahnhof Harrislee“, in deutscher und dänischer Sprache die Veranstaltung. Der Verlauf ist durch kurze Erläuterungen der Schüler/innen geprägt. Klavierimprovisationen von Hans Carstensen leiten von einem Entwurf zum nächsten über.

Katja Jessen, Gitte Enke und Angelina Nadolski von der Duborg Skole (Klasse 10) präsentieren ihre Konzepte, an denen die gesamte Klasse mitgearbeitet hat. Kim Olesen hat als Kunstlehrer das Projekt betreut. Ein großes Lagemodell zeigt den Parkplatz am Grenzübergang Harrislee/Padborg. Beide Entwürfe (Abb. 4 und 5) können maßstabsgerecht in dieses Lagemodell eingefügt werden.

Für den Grenzübergang Harrislee/Padborg sind auch die beiden Mahnmale konzipiert, die der Wahlpflichtkurs „Bauen und Wohnen“ der Zentralschule Harrislee entworfen hat. Beide Planungen sehen Tische und Sitzgelegenheiten vor, die zum Verweilen einladen möchten (Unterricht: Kunstlehrer Reinhard Duschl, Klasse 9 der Realschule). Timno Vollrath deutet in seinem Modell einen Tunnel mit Stacheldraht an, der den Weg in die Konzentrationslager symbolisieren soll (Abb. 6).

Sabrina Klaus und Marcel Quehl erläutern stellvertretend für ihre Arbeitsgruppe das zweite Konzept (Abb. 7).

Zwei weitere Entwürfe (Auguste-Viktoria-Schule) sind ihrer Anlage und Figuration nach „klassische“ Mahnmale: Beider Standort wäre ebenfalls unmittelbar in der Nähe des Parkplatzes am deutsch-dänischen Grenzübergang (Abb. 8 und 9). Für die bis hier vorgestellten Konzepte (Abb. 4 bis 9) spricht, daß sich der Standort im Eigentum des Landes Schleswig-Holstein befindet und daher wohl relativ leicht verfügbar wäre. Für die Verwirklichung - unter Beteiligung der Schüler/ innen - wären neben einem Bauunternehmen sicher auch die Kosten für Beauftragung eines Bildhauers einzuplanen. Folgekosten - außer Pflege der kleinen Umgebungsanlage - entstünden nicht.

Die beiden folgenden Entwürfe (Abb. 10 und 11) unterscheiden sich von den vorigen dadurch, daß das Bahnhofsgebäude und das dazu gehörige Gelände zur Gedenkstätte umgewidmet werden. Einer Verwirklichung müßten Verhandlungen mit der Eigentümerin, der Deutschen Bahn AG, vorausgehen.

Die eine der beiden Arbeitsgruppen konzentriert sich auf das übriggebliebene Bahnhofsgebäude als Ort des Gedenkens (Abb. 10). Hauptbeweggrund ist die Authentizität des Standortes an den Geleisen, auch wenn er abgelegen ist und in der Nachbarschaft eines nüchternen Zweckbaus liegt. Dieses Mahnmal müßte man aufsuchen, mit vorbeiströmendem Reiseverkehr wie an der Grenze wäre hier nicht zu rechnen.

Der andere Entwurf umfaßt das Bahnhofsgelände als Gedenkstätte (Abb. 11), wobei in dieses Konzept ein authentisch wirkender Waggon einbezogen wird. Die Idee ähnelt dem Mahnmal „Die Rampe“ von E.R. Nele (Abb. 12). In Erinnerung dieses mir bekannten Mahnmals hatte ich die Arbeitsgruppe allgemein auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, authentische Gegenstände in die Gestaltung einzubauen. Es liegt vielleicht im Zeitgeist, wenn auch eine Schüler/innengruppe aus Winterhude für die Ausführung eines Mahnmals einen Transport-Waggon (etwa Bj. 1930/40) als Symbol gegen das Vergessen einsetzt, wie ich nach Abschluß unseres Projekts erfahre.⁴ 1995 hat sich Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“ im kollektiven Gewissen festgeschrieben und unauslöschliche Bilder von den Verschleppungen unschuldiger Menschen per Eisenbahntransport hinterlassen. Die verwendeten Waggonen sind vielleicht auch durch diesen Film zum populär verständlichen Symbol für Verschleppung und Menschenverachtung ins Bewußtsein gerückt.

Die Vorstellung der beiden das Bahnhofsgelände betreffenden Arbeiten berührt einige Besucher spürbar, was sich in späteren Reaktionen des Publikums kund tut. Hans-Christian Rasmussen, Zeitzeuge und Überlebender der deutschen Konzentrationslager wie des Lagers Frøslev, gehört mit einigen seiner Kamera-

den und deren Ehefrauen zu den Ehrengästen der Ausstellungseröffnung. Er ergreift das Wort. „Das Bahnhofsgebäude darf nicht abgerissen werden“, fordert er, die Deutsche Bahn habe die moralische Pflicht, als Nachfolgerin der Deutschen Reichsbahn die Verwirklichung der Gedenkstätte dort zu fördern. Schließlich habe ja die einstige Deutsche Reichsbahn für jeden einzelnen Gefangenen-transport der SS Kosten in Rechnung gestellt, also noch Geld für die technische Abwicklung der Transporte eingenommen. Den Schüler/innen gibt er die Anregung: „Zeigt in der Ausstellung im Bahnhofsgebäude nicht nur die Bilder der Opfer, sondern vor allem auch die der Täter, denn diese Bilder gibt es ja ebenso.“

Zu den Kosten: Wäre die Anlage erst eingerichtet, eventuell teilweise in idealistisch geleisteter Arbeit, dürfte sich der Aufwand für Pflege und Erhaltung in realisierbarem Rahmen halten.

4. Wie geht es weiter?

Mein Kollege Reinhard Duschl (Zentralschule Harrislee) sagt: „Die Schüler waren konzentriert und engagiert“, und er führt das auch auf das fächerübergreifende Thema zurück. Kunstlehrer Kim Olesen von der Duborg Skole stellt sich ähnliche Projektaufgaben für den Unterricht auch in Zukunft vor. Tief beeindruckt auch mich, wie ernsthaft und sensibel alle beteiligten Jugendlichen das Thema umgesetzt haben. Ich bin froh, daß ich der Anregung meines Kollegen Jörn-Peter Leppien gefolgt bin und das Thema im Kunstunterricht bearbeitet habe.

Die Ausstellung der Modelle war noch bis zum 17. Juni 1997 im Bürgerhaus Harrislee zu sehen. Voraussichtlich wird sie im November/Dezember 1997 noch einmal im Foyer der Dansk Centralbibliothek präsentiert.

Welches der vorgestellten Konzepte auch immer eines Tages verwirklicht wird: Es sollte gestalterisch so eindringlich wie die schon bestehenden Gedenkstätten in der Umgebung wirken, wie in Schwesing, Frpslev oder Ladelund. „Die nachfolgenden Schritte zur Errichtung des Mahnmals Harrislee wird der Förderkreis bald tun“, kündigt Anke Spoorendonk an. „Dazu gehört auch ein Gespräch mit der Bahn AG.“ Nach der Dokumentation „Harrislee - eine Station auf dem Weg in die Hölle“, nach dem Projekt „Schüler/innen gestalten ein Mahnmal“ soll also die Verwirklichung folgen: „Bahnhof Harrislee - Mahnmal zum Gedenken an Verschleppung und Ermordung.“

Anmerkungen:

1 Henrik Skov Kristensen und Matthias Schartl, Harrislee-Bahnhof- eine „Station auf

- dem Weg in die Hölle“. Die Deportation dänischer Gefangener aus dem Internierungslager Frøslev in deutsche Konzentrationslager 1944/45. Hrsg. v. Grenzfriedensbund und Historik Samfund for Sønderjylland, Flensburg 1996
- 2 Andrea Potysch, „Wir wollen ein Zeichen setzen“. Mahnmal soll an Deportationen erinnern. In: Flensburger Tageblatt, 7. 6. 1997
 - 3 Andrea Potysch. Ein sichtbares Zeichen, damit wir uns erinnern. Schüler/innen und Schüler präsentieren. ..vor Zeitzeugen und der Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ im Bürgerhaus ihre Modelle für ein Mahnmal... In: Flensburger Tageblatt, 9. 6. 1997
 - 4 Christine Andersen, Ein Güterwagen kommt ins Rollen. Winterhuder Schule errichtet „DENK-MAL“ wider das Vergessen. In: Die Tageszeitung. Hamburger Ausgabe, 7.11.1996 (Zit. n. Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, H. 30,

Vereinbarung der vier Grenzverbände

In der jetzigen Zeit, die geprägt ist durch Kürzungen öffentlicher Gelder auch für die Grenzverbände, erscheint eine Kooperation, gegenseitige Unterstützung und Absprachen, der richtige Weg, um die Schwierigkeiten zu meistern.

Die besondere Situation ergibt sich aber nicht nur aus der Knappheit des Landeshaushaltes, sondern auch durch die politischen Veränderungen im Grenzland: Auf der einen Seite der erste Schritt zur Kooperation in der Region Schleswig/Sønderjylland mit all den Verwerfungen, die sich dabei zeigten, und auf der anderen Seite ein nachlassendes Interesse, sich mit der Thematik von Minderheiten und Mehrheiten im Grenzland zu beschäftigen.

Das friedliche Neben und Miteinander von Deutschen und Dänen ist kein abgeschlossener Prozeß. Die Arbeit der Grenzverbände hat auch in Zukunft die Aufgabe, weitere Schritte zur Sicherung des Grenzfriedens zu begleiten; die Balance in unserer Region muß ständig nachjustiert werden.

Ziel einer Kooperation der vier Grenzverbände kann nicht der Zusammenschluß sein. Die Arbeitsfelder sind seit Jahrzehnten definiert und ohne Überschneidungen klar voneinander abgegrenzt.

Lothar Hay

Vertrag

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) – Flensburg
Der Deutsche Grenzverein – Flensburg
Der Grenzfriedensbund – Flensburg

und der
Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB) – Kiel
schließen folgenden Vertrag:

§ 1

Die genannten Verbände wollen sich jetzt und in Zukunft für das Wohl des Landesteils Schleswig einsetzen und dessen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung fördern. Sie sind überzeugt davon, daß zu einem fruchtbaren und guten Nebeneinander der dänischen und deutschen Kultur auch im Verhältnis zur internationalen Kultur das Fortbestehen und die Weiterentwicklung deutscher Kultur- und Sozialarbeit erforderlich ist. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben – in ihrer bereits getroffenen Verteilung auf die Verbände – übernehmen die Verbände als vertragsmäßige Pflicht.

§ 2

Die Verbände versprechen einander, sich nicht gegenseitig – in welcher Beziehung auch immer – schaden zu wollen.

§ 3

Die Verbände versprechen einander, in Situationen der Gefährdung der Arbeit sowie der Existenz der Verbände sich gegenseitig beizustehen.

§ 4

Im übrigen handeln die Verbände für sich und für ihre eigene Sache und nach ihren eigenen Erfordernissen.

Kiel/Flensburg, 1. Juli 1997

ADS

Deutscher Grenzverein

Grenzfriedensbund

SHHB

Der „Grænseforening“ will sich nicht einmischen

Vorsitzender Bent A. Koch nennt drei Gründe

-uk- KOPENHAGEN. Der „Grænseforening“, Kopenhagen, will sich auch weiterhin nicht an der noch immer anhaltenden Debatte über die Bildung einer Region Schleswig/Sønderjylland beteiligen. Vorsitzender Bent A. Koch, Odense, hat in der neuesten Ausgabe der vereinseigenen Zeitschrift „Grænsen“, Nr. 2/1997, dafür drei Gründe genannt.

Der Grenzverein sei in erster Linie eine kulturelle Organisation. „Wir unterstützen die dänische Kulturarbeit im Grenzland. Das Nationalpolitische kam immer erst in zweiter Linie.“ Diese Übereinstimmung mit der Folketingsmehrheit habe sich als „eine kluge Politik“ bis hin zur jetzigen Zusammenarbeit mit dem Fünferausschuß beim dänischen Unterrichtsministerium erwiesen.

Zweitens sei der Streit um die „Region“ in erster Linie eine Sache der Bevölkerung im alten Herzogtum Schleswig, betont Koch. Der Beschluß zur „Region“ sei von einer Mehrheit der dort Volksgewählten getroffen worden; folglich sei es ein Streit zwischen ihnen und ihren Wählern.

Drittens werde sich unter den „Grænseforening“-Mitgliedern keine Einigkeit über ein Ja oder Nein in dieser Sache erzielen lassen. Dazu wecke sie zu viele tiefe Gefühle und sei zu sehr mit der EU-Diskussion verbunden, aus der sich der Verein ebenfalls herausgehalten habe. Koch: „In dieser Linie ist sich der gesamte Geschäftsausschuß einig!“

Nordschleswiger, 25.6.1997

Start für Euro-Klasse

NIEBÜLL (dew) Zum Beginn des Schuljahres starten die Friedrich-Paulsen-Schule in Niebüll und das dänische Nachbar-Gymnasium Tondern das gemeinsame Gesamtprojekt „Euro-Klassen“. Das auf drei Jahre ausgelegte, in dreizehn Blöcke aufgeteilte und verschiedene Sachbereiche umfassende Vorhaben zielt darauf ab, die Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler in der Partnersprache bis zum Abitur zu verbessern.

Die Kosten für diese von dänischen und deutschen Lehrern gemeinsam vorbereitete Maßnahme bezifferte die stellvertretende Landrätin, Anke Rönnow, auf zwei Millionen Mark, die sich Deutsche und Dänen teilen. Das Projekt wird aus Mitteln des EU-Programms „Interreg II“ sowie von Land und Kreis finanziell gefördert.

Nordfriesland Tageblatt, 8.7.1997

Akademien-Sterben abgewendet

Grenzverein: Neue Schwerpunkte nach Haushaltsausgleich

SCHLESWIG (bph) Der finanziell angeschlagene Deutsche Grenzverein hält an seinen vier Akademien fest. Allerdings sollen die Aufgaben in seinen Bildungsstätten, dem Jugendhof Scheersberg, der Heimvolkshochschule Leck und der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein in Leck, zum Teil neu akzentuiert werden, wie der kommissarische Generalsekretär, Dr. Henning Bachmann, im Anschluß an eine Vorstandssitzung in Schleswig erklärte. Auch soll langfristig Personal (derzeit 75 Mitarbeiter) abgebaut werden.

In Zukunft soll für jede Akademie ein – wie Bachmann sagte – „pädagogisch und finanziell kompetenter Kulturmanager alleine die Weichen stellen“. Vermehrt will der Grenzverein projektbezogen auf Honoraradozenten zurückgreifen. Der durch eine fünfprozentige Kürzung der Landesmittel erneut aus dem Lot geratene Sechs-Millionen-Mark-Haushalt für 1997 kann nur durch den Verkauf eines Wohnhauses in Flensburg, das sich im Besitz des Grenzvereins befindet, wieder ausgeglichen werden.

Flensburger Tageblatt, 23.7.1997

Querelen zu den Akten gelegt

Kulturausschuß ebnet Weg für Entwicklung der KZ-Gedenkstätte

HUSUM / SCHWESING (pj) Ein Schaukasten informiert seit kurzem unkundige Besucher darüber, was sich neben dem Militärplatz Schwesing in einem zum Teil langsam mit Weiden und Brennesseln zuwachsenden Gelände verbirgt: die Reste des einstigen KZ-Außenlagers Schwesing. Sechssprachig mit je 20 Zeilen beschriftet und mit einem Original-Luftbild von 1944 nebst darübergelegten Konturen des heutigen Zustandes versehen, gibt es nunmehr auch vor Ort Kurz-Aufklärung über den einstigen nationalsozialistischen Marter-Ort. Weitere Neuerungen sind angedacht. Der Kreis-Kulturausschuß Nordfriesland konnte den in Halebüll bei Husum lebenden Bildhauer Ulrich Lindow für eine Mitarbeit gewinnen. Unter der Federführung von Lindow soll darüber nachgedacht werden, wie die individuellen Schicksale von den Hunderten zu Tode gemarterten Häftlingen künftig vor Ort besser deutlich gemacht werden können.

Von Lindow stammt das bereits 1987 auf dem ehemaligen NS-Lagergelände erbaute Mahnmal: Es soll die dramatische Trostlosigkeit widerspiegeln – vom 25. September bis 29. Dezember 1944 wurden hier rund 4 000 Gefangene zusammengetrieben. Von dem Künstler erhofft man sich im Kreis-Kulturausschuß

auch Anregungen, wie man die angrenzenden Reste des Lagers (Fundamente, Hydrant, Lagerstraße) in sein vorhandenes Mahnmal-Konzept einbauen kann. Als dieses entstand, befand sich der größere Teil des ehemaligen Vernichtungslagers noch nicht in öffentlicher Hand und stand damit auch dem Künstler nicht zur Verfügung.

Der Ausschuß, der die seit Monaten anhaltende Kritik an dem als ungepflegt und wenig informativ kritisierten Lagergelände beenden will, fand bei seiner jüngsten Ortsbesichtigung nicht nur die genannte Informationstafel vor. Teile des Geländes waren just zum Ortstermin gemäht. Die Ausschuß-Mitglieder erfuhren bei der Gelegenheit, daß auch Bundeswehrsoldaten der benachbarten FlaRak-Gruppe 26 unter den stillen Helfern sind, die seit längerer Zeit freiwillig das in der Trägerschaft des Kreises befindliche KZ-Gelände pflegen. Sie haben zusammen mit anderen, so einem Motorrad-Club, auch die vormem überwucherten Lagerreste außerhalb des Lindow'schen Mahnmal-Komplexes wieder freigelegt.

Von Nachbarn des sich inzwischen zu größeren Teilen im Besitz des Kreises Nordfriesland befindlichen ehemaligen Lagergeländes erhielten die Ausschuß-Mitglieder den ebenfalls öffentlich kritisierten Mißbrauch des Lagergeländes erläutert: Rennbahn für junge Autofahrer, Picknick- und Spielgelände für Ausflügler, abendliches Rückzugsgelände für junge Pärchen und privater Müllablageplatz.

Mangelnde Abgrenzung und Kenntlichmachung des Geländes gelten als Ursache solcher eher makabren Nutzungen des einstigen Schreckensortes. Eine Sperrung des durch das Lagergelände führenden landwirtschaftlichen Weges könne bereits nachhaltige Besserung der Situation herbeiführen, so ein Anlieger-Vorschlag. Inzwischen haben sowohl die Deutsch-Jüdische Gesellschaft (DJG) wie der Kreistagsabgeordnete Horst Wodowos (Wählergemeinschaft Nordfriesland) Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Die stellvertretende Landrätin Anke Rönnau (SPD) begrüßte insbesondere die von der DJG erhobene Forderung nach künftiger Nennung der Namen der Toten von Schwesing.

Irritiert waren Ausschuß-Mitglieder über die nicht übereinstimmenden Hintergrund-Daten auf einer bereits vorhandenen Informations-Steile und dem neu angebrachten Schaukasten, der den Kreis rund 25 000 Mark gekostet hat.

Nordfriesland Tageblatt, 20.8.1997

JU contra SSW

SCHLESWIG. In einem Pressegespräch hat jetzt der Landesvorsitzende der Jungen Union (JU), Oliver Frankenberger, seine Forderung erneuert, die Befreiung des SSW von der Fünf-Prozent-Klausel aufzuheben, falls die

Wählergemeinschaft landesweit antreten sollte. Zur Begründung sagt er, daß für den regionalen Wählerverband dieselben Regeln gelten müßten wie für alle anderen Parteien, wenn er wie jede andere Partei im Land im März zur Kommunalwahl antrete.

„Der SSW hat sich politisch längst von seiner eigentlichen Aufgabe, der Vertretung der Interessen der dänischen Minderheit entfernt“, so Frankenberger. Statt dessen entwickelt er sich immer mehr zum Steigbügelhalter der SPD im Landtag. Zu dieser inhaltlichen Lossagung seiner Wurzeln passen nun die landesweiten Ambitionen.“

Ein weiteres regionalpolitisches Thema, mit dem sich die JU auf ihrer Landesvorstandssitzung befaßte, war die Euroregion Schleswig. „Wir wollen sie jetzt mit Leben erfüllen“, sagte Frankenberger. Ein erster Schritt in diese Richtung sei ein zweitägiges Seminar kommunaler Mandatsträger zusammen mit den dänischen jungen Konservativen zwecks Informationsaustausch.

*Renate Hopfe, in:
Flensburg Avis, 22.8.1997*

SPD fordert rote Karte für die Junge Union

KIEL. Die erneute Forderung der Jungen Union, bei der geplanten Einführung des neuen Wahlrechts zur Landtagswahl die Befreiung des SSW von der Fünf-Prozent-Klausel aufzuheben, stößt auf Kritik bei der SPD.

„Es ist an der Zeit, daß die Landes-CDU ihrem Parteienachwuchs in Minderheiten- und Wahlrechtsfragen Nachhilfe erteilt und ihm wegen der wiederholten Kritik am SSW die ‚ultimative rote Karte‘ zeigt“, erklärte die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ute Erdsiek-Rave, gestern in Kiel. Die Befreiung des SSW von der Sperrklausel gehe auf die Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955 zurück. Niemand, schon gar nicht die SPD, habe die Absicht, die vertraglichen Abmachungen zu ändern, die das Fundament der schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik bildeten, unterstrich Ute Erdsiek-Rave.

Den SSW als Steigbügelhalter der SPD im Landtag zu bezeichnen, zeuge zudem von völliger Unkenntnis der Verhältnisse. In Kiel regiere eine stabile Koalition. Steigbügelhalter seien da nicht notwendig.

„Die Junge Union erweist sich auch hier als nicht sattelfest. Ich warne die CDU vor einem Weg, der den minderheitenpolitischen Konsens im Lande verläßt“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende.

Bei der von SPD, Grünen und FDP betriebenen Einführung einer Zweitstimme würde der SSW bei Landtagswahlen automatisch auch in Holstein wählbar. Dabei hat die dänisch-friesische Regionalpartei wiederholt ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht

abgelehnt und befürwortet ein Festhalten am Prinzip „Ein Wähler – eine Stimme“.

*Raning Krueger, in:
Flensburg Avis, 23.8.1997*

Deutsche und Dänen zeigten sich ganz harmonisch

Grenzlandkongreß in Husum

(em) HUSUM Jede Diskussionsrunde hat ihren Kernsatz. Beim zweiten Grenzlandkongreß in Husum prägte ihn die frühere schleswig-holsteinische Kultusministerin Marianne Tidick, in dem sie das Zusammenleben im deutsch-dänischen Grenzraum als „hochsubventionierte Toleranz“ bezeichnete. Die Abgesandten der beiden Minderheiten schluckten. „Herausforderung und Chance“ – dieses Motto hatte sich die vom ehemaligen SSW-Abgeordneten Karl-Otto Meyer moderierte Talkrunde gestellt, und das Thema war nach einstündiger Diskussion zugleich das Ergebnis. Die fünf Teilnehmer gaben sich freundlich und vermieden es, Öl in das Feuer zu gießen, das die Bildung des deutsch-dänischen Regionalrates entfacht hatte. Erling Ohlsen, Präsident des dänischen Parlaments, mahnte, den jahrhundertealten Konflikt nicht wieder aufbrechen zu lassen.

Asmus Peter Asmussen, Direktor des regionalen Wirtschaftsförderungszentrums Südjütland, warnte davor, den Grenzraum als schwache wirtschaftliche Region darzustellen. Nicht ganz überraschend kam seine Anregung, Deutsche und Dänen könnten viel voneinander lernen. Die Deutschen von der Industrieansiedlung jenseits der Grenze, die Dänen unter anderem von der Flensburger Universität.

Die dänische Journalistin Annie Lander Laszig beschäftigte sich mit der Frage, ob Deutsche und Dänen sich liebten. Mehr als die Empfehlung, Vorurteile abzubauen, konnte sie aber nicht bieten.

Bodo Richter, ehemaliger Flensburger Oberbürgermeister und jetzt Vorsitzender der Europa-Union, sprach klare Worte: Wenn sich die Verantwortlichen im Grenzraum nicht über gemeinsame Projekte einigen, dann gibt es aus Brüssel auch kein Geld. Dem Regionalrat gab er den dringenden Rat, „deutliche Zeichen“ zu setzen. Sonst sei das Gremium überflüssig. Karl-Otto Meyer, der sich dem Regionalrat heftig widersetzt hatte, versuchte zwar noch, die ungleichen Rechte der beteiligten Mitglieder ins Gespräch zu bringen, aber auf eine Kontroverse war niemand eingestellt.

Der frühere SPD-Kommunalpolitiker und langjährige Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, der 70-jährige Artur Thomsen, erhielt abschließend den „Grenzlandpreis“. Dieser wird an Personen verliehen, die sich für freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen einsetzen.

Flensburger Tageblatt, 23.8.1997

„Den Bock zum Gärtner gemacht“

HUSUM (sh:z) Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen (CDU) aus dem Kreis Schleswig-Flensburg blieb dem Grenzlandkongreß in Husum gestern fern. Damit protestierte er dagegen, daß der „selbsternannte Gegner“ der Euroregion, der SSW-Politiker Karl Otto Meyer, die Veranstaltung moderierte. Mit dieser Entscheidung sei „der Bock zum Gärtner gemacht“ worden, schrieb Börnsen an Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD). Außerdem kritisierte Börnsen den Namen „Grenzlandkongreß“, der „die Grenze betont“, aber „auf die europäische Ausrichtung der vier beteiligten Gebietskörperschaften Sønderjylland, Nordfriesland, Flensburg und Schleswig keine Rücksicht nimmt“.

Flensburger Tageblatt, 23.8.1997

Gute Nachbarschaft nur auf dem Papier?

Kongreß zur deutsch-dänischen Verständigung

Husum – Der Dämpfer, den die deutsch-dänische Verständigung durch die heftigen Proteste gegen die Euro-Region erfahren hat, beeinflusste gestern auch die Diskussion auf dem zweiten Grenzlandkongreß in Husum. Es sei notwendig, zu überlegen, ob „wir vielleicht Signale übersehen haben, die andeuteten, daß die Dinge nicht ganz so sind, wie wir glaubten“, meinte der dänische Generalkonsul in Flensburg, Prof. Hans Peter Clausen.

Die Pläne für eine institutionalisierte Zusammenarbeit beiderseits der Grenze in Form eines Regionalrates hatten Gräben aufgerissen, die viele längst überwunden glaubten. Wie berichtet, hatte sich auch der ehemalige SSW Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer bei einer Demonstration vehement für den Erhalt der Grenze eingesetzt. Ausgerechnet er moderierte gestern die Diskussion. Der Flensburger CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen lehnte deshalb eine Teilnahme am Kongreß unter Hinweis auf Meyers „fatales Gefasel“ vom „Schutz durch die Grenze“ ab. Außer Meyer selbst ging darauf gestern allerdings niemand ein. Er bedauere, wenn jemand seinetwegen nicht gekommen sei, bereue seine bereits im Winter gegebene Zusage zur Moderation aber nicht.

Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD) sprach trotz der „teilweise sehr unerfreulichen Begleitumstände“ der Diskussion um die Euro-Region von einer „beispielhaften“ Lösung zur Überwindung von Grenzkonflikten. Für sein Engagement für die grenzübergreifende Zusammenarbeit zeichnete Arens den Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes und ehemaligen Flensburger Kommunalpolitiker Artur Thomsen mit dem Grenzlandpreis aus. Clausen beklagte, daß Deutsche und Dänen trotz des nahen Zusammenlebens noch zu wenig

voneinander wissen: „Ich habe das Gefühl, daß wir uns nicht so tief in die Gemeinschaft eingelebt haben, daß wir die Unterschiede beim Nachbarn als positive Vielfalt betrachten.“ Gemeinsam hätten Dänen und Deutsche auch, „daß ihre Kenntnis voneinander häufig auf stereotypen und verschleierte Bildern beruht.“ Echtes Verständnis müsse erst noch geschaffen werden – nicht bloß auf kulturellem Gebiet, sondern auch im Alltag. Empörung löste der Schleswig-Flensburger Landrat Jörg-Dietrich Kamischke aus, der von zwei Minderheiten als „Gästen“ sprach. Die Deutschen nördlich wie die Dänen südlich der Grenze hielten ihm vor, daß sie in ihrer Heimat keine Gäste seien. Und die Friesen ergänzten, daß es im Grenzland eine dritte Minderheit gibt.

*Thomas Christiansen, in:
Kieler Nachrichten, 23.8.1997*

Beim Grenzlandkongreß Ruf nach tieferem deutsch-dänischen Dialog

hee. HUSUM. Während des 2. Grenzlandkongresses in Husum, zu dem gestern der Schleswig-Holsteinische Landtag und das Amt Nordschleswig eingeladen hatten, forderten gleich mehrere Redner dazu auf, aus den zurückliegenden Auseinandersetzungen über die Region Schleswig/Sønderjylland Konsequenzen zu ziehen und einen tiefergehenden deutsch-dänischen Dialog zu führen. Der Hauptvortragsredner, Generalkonsul Prof. H. P. Clausen, Flensburg, stellte fest, „daß man sich weder auf deutscher noch auf dänischer Seite so tief in die Gemeinsamkeit hineingelebt hat, daß wir die Unterschiede beim Nachbarn als etwas Positives, als Bereicherung sehen.“ Auch Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD) ging in seiner Eröffnungsansprache auf die Aufgabe des Grenzlandkongresses ein, die noch bestehenden Probleme in der deutsch-dänischen Grenzpartnerschaft herauszuarbeiten und zu diskutieren – und sich neuen Herausforderungen zu stellen. Arens ging in seiner Rede auf die Bewerbung mit einem „weltweiten Projekt“ bei der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover ein, mit dem verschiedene Organisationen und die Minderheiten die Lösungen im deutsch-dänischen Grenzland als beispielhaft präsentieren wollen. Ohne allerdings der Weltöffentlichkeit das hiesige Grenzlandmodell als Patentlösung anzubieten.

Arens mahnte, daß die zarte Pflanze des Miteinanders und Füreinanders im deutsch-dänischen Grenzland weiterhin intensiver Pflege bedarf, damit sie auch einem Sturm standzuhalten vermag.

Während Amtsbürgermeister Kresten Philipsen (V.) zur Eröffnung des Kongresses feststellte, daß die zurückliegende Grenzregionsdebatte seiner Meinung nach keine anhaltenden Schäden im deutsch-dänischen Verhältnis angerichtet hat,

richtete Folketingspräsident Erling Olsen (Soz.) während einer Podiumsdiskussion die Aufforderung an Minderheiten und Mehrheiten im deutsch-dänischen Grenzland, „nicht gleich aus der Haut zu fahren, wenn die jahrhundertealten Gegensätze wieder einmal zum Vorschein kommen.“ Es sei eine Öffnung auf allen Gebieten, nicht nur in der Politik, erforderlich. Es gehe nicht nur um zwei Sprachen, sondern um zwei Kulturen, die gegenseitig ein tieferes Verständnis erreichen müßten. „Das gilt für Mehrheiten und Minderheiten“, sagte der Folketingspräsident und fügte hinzu: „Man muß akzeptieren, daß die politische Grenze festliegt, während die kulturellen Grenzen fließend sind – aber nicht zusammenfließen. Dazu gehöre, daß nördlich und südlich der Grenze immer mehr Menschen aus der Mehrheitsbevölkerung auch an kulturellen Aktivitäten der Minderheit teilnehmen. „Wir müssen die Vorteile in der Vielfältigkeit erkennen“, so Olsen, der auch daran erinnerte, daß es innerhalb der Mehrheitsbevölkerung keine homogenen kulturellen Züge gebe.

Nordschleswiger, 23.8.1997

Zukunftsorientierte Initiativen für die Wirtschaft nötig

(N) HUSUM. Während des Grenzlandkongresses in Husum hat im Verlauf der Podiumsdiskussion der Direktor des Sønderjyllands Erhvervscenter, Asmus Peter Asmussen, Apenrade, dazu aufgefordert, die Zusammenarbeit in der Grenzregion Schleswig/Sønderjylland zur Entwicklung vieler kleiner gemeinsamer Wirtschaftsprojekte zu nutzen. Die vielbeschworenen Unterschiede bei den Kompetenzen der Kommunen etc. seien kein Grund, hier zu blockieren. Es werde viel über die Strukturschwäche der deutsch-dänischen Grenzregion geklagt, dabei habe man es hier im europäischen Vergleich mit einer reichen Region zu tun, in der viele Möglichkeiten gerade auch bei der Zusammenarbeit von Ausbildungsangeboten bestehe. Asmussen berichtete, daß er die schwierigen Bemühungen um die Schaffung von Euroregionen im Ostseeraum kennengelernt hat, dem natürlichen Kooperationsraum der deutsch-dänischen Grenzregion. Angesichts der Schwierigkeiten in anderen Gebieten müßte man sich wegen der Euroregions-Debatte hierzulande eigentlich schämen. Asmussen mahnte, daß die deutsch-dänische Grenzregion in den kommenden Jahren von den Bürgern an den Erfolgen gemessen werde. Die möglichen Fortschritte müßten den Bürgern auch sichtbar gemacht werden.

Nordschleswiger, 23.8.1997

Geschenk an die Friesen: Verkehrsministerium genehmigt zweisprachige Ortstafeln

„Wir erfüllen einen lang gehegten Wunsch der Friesen in unserem Land, indem wir ihnen ab sofort das Aufstellen zweisprachiger Verkehrsschilder gestatten“, sagte Verkehrsminister Peer Steinbrück heute (25. August) in Kiel.

Laut StVO darf nur der amtliche Name auf Ortsschildern verwendet werden. Nach dem Kommunalrecht haben Gemeinden die Möglichkeit, ihrem Namen Zusätze hinzuzufügen. Das gängigste Beispiel hierfür sind die Hansestädte. „Aufgrund des besonderen Verfassungsranges, den der Minderheitenschutz in Schleswig-Holstein genießt, halten wir eine großzügige, unkonventionelle Auslegung der Gemeindeordnung im Sinne der Friesen für vertretbar“, so Steinbrück. Über diese Regelung werde eine Gleichbehandlung der Friesen mit anderen Minderheiten in Deutschland und anderen europäischen Staaten hergestellt. In Sachsen und Brandenburg sind zweisprachige Ortsschilder zugunsten der sorbischen Bevölkerung erlaubt. Auch in den Niederlanden, Großbritannien und der Schweiz gibt es zweisprachige Ortstafeln.

Die zweisprachigen Ortsschilder dürfen nicht zusätzlich, sondern nur anstelle der bisherigen aufgestellt werden. Die friesische Bezeichnung muß in kleinerer Schrift unter dem deutschen Namen stehen. Wegweiser bleiben nach wie vor einsprachig. Die Schilder kosten je rund 130 Mark und müssen ohne Landeszuschuß von den Gemeinden finanziert werden.

*Pressemitteilung der Landesregierung
Schleswig-Holstein, 25.8.1997*